

# AMNESTY

MAGAZIN DER MENSCHENRECHTE

Nr. 125  
März 2026

## AUTOKRATIEN AUF DEM VORMARSCH

**IRAN**  
Schrecken und Solidarität

**PERU**  
Ungewisse Zukunft für venezolanische Geflüchtete

**IN ACTION**  
Diskriminierungsschutz jetzt!

**AMNESTY  
INTERNATIONAL**



# GENERALVERSAMMLUNG 2026

Die Generalversammlung von Amnesty International Schweiz ist der ideale Anlass für ein persönliches Kennenlernen und für spannende Gespräche zum aktuellen Thema mit Aktivist\*innen, anderen Mitgliedern und Mitarbeiter\*innen von Amnesty International. Melden Sie sich gleich heute noch an!

**SAMSTAG, 9. MAI 2026**

**EVENTFABRIK BERN**

**FABRIKSTRASSE 12**

**TÜRÖFFNUNG AB 9.30 UHR**



**THEMA DER GENERALVERSAMMLUNG**

## Was tun gegen die autoritäre Wende?

Auf dem Podium begrüßen wir namhafte Gäste: Vertreter\*innen von Amnesty USA und Amnesty Ungarn, aus der Wissenschaft und dem Aktivismus. In den anschliessenden Workshops wird das Thema vertieft und Sie haben die Gelegenheit, sich einzubringen.

Der **statutarische Teil für Mitglieder** mit Wahlen und Abstimmungen findet am Morgen statt. Stimmberechtigt sind alle, die bis Fr, 9. Januar, beigetreten sind und ihren Jahresbeitrag bis Mo, 4. Mai, bezahlt haben. Motionen und Postulate können bis zum Sa, 14. März 2026, eingereicht werden.

Die **öffentliche Veranstaltung** findet am Nachmittag ab 14 Uhr statt.

Bitte melden Sie sich bis zum Mo, 30. März, an, auch wenn Sie nur die Veranstaltung am Nachmittag besuchen möchten.

**Das Programm und Anmeldeformular finden Sie unter [www.amnesty.ch/gv](http://www.amnesty.ch/gv)**

### Für alle Aktivist\*innen unter 26 Jahren:

Am Freitag, 8. Mai, findet ab 16 Uhr, ebenfalls in Bern das Youth-Treffen statt. Mit Übernachtung. Am Samstag gehen wir gemeinsam an die Generalversammlung. Mehr Infos unter [amnesty.ch/youth-treffen](http://amnesty.ch/youth-treffen).

**Impressum:** AMNESTY, Magazin der Menschenrechte, Nr. 125, März 2026. **Redaktion:** Manuela Reimann Graf (mre), Natalie Wenger (nwe). **Mitarbeiter\*innen dieser Nummer:** Yohan Châble, Anna Coninx, Danai Dimas, Artem Efimov, Annette Hug, Marco Roberto Piffaretti, Izia Rouviller, Till Schmidt, Maria Sterkl, Keno Verseck, Daniela Varga, Sandra Weiss. Gestaltung: [www.muellerluetolf.ch](http://www.muellerluetolf.ch). **Gestaltung:** [www.muellerluetolf.ch](http://www.muellerluetolf.ch). **Korrektorat:** Rieke Krüger. **Druck:** Stämpfli AG, Bern. Auf nachhaltig produziertem Papier gedruckt, Schutzhülle zu 50% aus wiederverwerteten Altfolien, 100% recycelbar. **Die Mitgliederzeitschrift AMNESTY** erscheint viermal jährlich in Deutsch und Französisch. Redaktionsschluss der nächsten Nummer: 24. April 2026. Das AMNESTY-Magazin der Menschenrechte erhalten alle, die die Schweizer Sektion von Amnesty International mit mindestens 30 Franken jährlich unterstützen. Über die Veröffentlichung von Fremdbeiträgen entscheidet die Redaktion. Alle Rechte vorbehalten. © Amnesty International, Schweizer Sektion. **Spendenkonto:** Amnesty International, Schweizer Sektion, 3001 Bern, IBAN: CH52 0900 0000 3000 3417 8. **Redaktionsadresse:** Magazin AMNESTY, Redaktion, Postfach, 3001 Bern. Tel. 031 307 22 22, E-Mail: [redaktion@amnesty.ch](mailto:redaktion@amnesty.ch), [www.amnesty.ch/magazin](http://www.amnesty.ch/magazin). **Auflage:** 62 000 (dt.).

## EDITORIAL



Bis ein AMNESTY-Magazin in Ihrem Briefkasten liegt, vergehen nach Redaktionsschluss fast sechs Wochen. Das erschwert es, aktuell zu bleiben. Doch seit Beginn der zweiten Amtszeit von US-Präsident Donald Trump verändert sich die Welt ohnehin in einem derart atemberaubenden Tempo, dass selbst Tageszeitungen

kaum Schritt halten. Dieses Stakkato an globalen politischen Veränderungen ist nicht allein dem sogenannten «Trump-Effekt» geschuldet. Dennoch beeinflusst er das Verhalten anderer Regierungen. Wenn Washington aussenpolitisch nur noch nach dem Prinzip «Amerika first» agiert, althergebrachte Partnerschaften über Bord wirft und auf die regelbasierte Ordnung

pfeift, dann macht dies Schule. Das Recht des Stärkeren ist wieder opportun geworden, Bündnisse werden destabilisiert und Vertrauen in Partnerschaften geht verloren. Gleichzeitig nimmt autoritäre Regierungsführung in vielen Staaten zu, die geopolitische Destabilisierung weckt auch bei den Bürger\*innen das Bedürfnis nach Führung und militärischer Stärke. Der Autoritarismus ist nicht erst seit Trump wieder «en vogue», dass wissen wir in Europa mit den vielen autokratiefreundlichen Parteien nur zu gut – die meisten sind bislang in der Opposition. Doch wie lange noch? Es liegt an uns allen, Bremsklötze in diesem verrückten Karussell zu sein, die Einhaltung unserer demokratischen Rechte einzufordern und politischen Strömungen, deren Programme den Frieden und die Menschenrechte gefährden, eine Absage zu erteilen.

Manuela Reimann Graf, verantwortliche Redaktorin

### AKTUELL

Good News	4
Nachrichten	6
Aktuell im Bild	8
Brennpunkt	9
Die Wut bleibt	

### DOSSIER

Autokratien auf dem Vormarsch

#### Im Zeitalter der Autokratie

Autoritäre Regierungen sind auf dem Vormarsch. Das hat auch Auswirkungen auf die Menschenrechte. 12

#### Wenn Gerichte zum Gegner werden

Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu beschränkt die Justiz, um die eigene Macht zu sichern. 15

#### «Wie die Orbán-Regierung über uns spricht, ist widerlich»

Wie es ist, als queere Person in Ungarn zu leben, wo der Präsident eine homophobe Politik betreibt. 17

#### Das Spiel mit der Angst

Die Bevölkerung mit Angst in Schach halten: Russlands Präsident Wladimir Putin sichert sich so die Macht. 18

#### «Ich, der Staat»

Donald Trump und Co. pflastern ihr Gesicht auf jeglichen Schnickschnack. Diese Selbstvermarktung hat Kalkül. 20

#### Künstliche Nostalgie

Bewunderung für die autoritäre Herrschaft von António Salazar wird in Portugal wieder salonfähig. 22

#### Wie Brasilien Bolsonaros autoritärer Versuchung widerstand

Brasilien erholt sich langsam von der autoritären Regierung unter Jair Bolsonaro. Herausforderungen bleiben. 24

### THEMA

Iran	26
Strassen voller Blut	
Peru	29
Nicht nur eitel Freude	
Philippinen	31
Sie gibt dem Grauen ein Gesicht	

### KULTUR

Film	33
Kampf um freies Wissen	
Buch	34
Es steht viel auf dem Spiel	

### CARTE BLANCHE

Anna Coninx	35
-------------	----

### IN ACTION

Kampagne «All for Human Rights»	37
«Gleiche Rechte für alle – Gegen Diskriminierung»	
Referendum	38
Keine Lockerung für Kriegsmaterialexporte	



## MENSCHENRECHTSAKTIVIST\*INNEN AUS LANGER HAFT ENTLASSEN

Am 13. Dezember wurden in **Belarus** 123 Menschen aus der Haft entlassen. Unter ihnen sind die bekannte Oppositionspolitikerin Maria Kolesnikowa und der Friedensnobelpreisträger Ales Bialiatski sowie weitere Oppositionelle und Aktivist\*innen, die nach den friedlichen Massenprotesten 2020 willkürlich inhaftiert worden sind. Die belarusische Musikerin und Oppositionspolitikerin Maria Kolesnikowa wurde am 6. September 2021 nach konstruierten Anklagen wegen «Extremismus», «versuchter Machtergreifung» und «Aufruf zu staatsgefährdenden Handlungen» zu elf Jahren Gefängnis verurteilt. Ales Bialiatski, Gründer des Menschenrechtszentrums Viasna, war am 3. März 2023 wegen angeblicher Finanzierung sogenannter «illegaler Aktivitäten» zu 10 Jahren Haft verurteilt worden.

## STALKING IST ENDLICH STRAFBAR

Seit dem 1. Januar 2026 ist Stalking in der **Schweiz** ein eigener Straftatbestand. Davor wurden Stalking-Handlungen – im Gesetz als Nachstellung bezeichnet – über andere Delikte wie Nötigung, Drohung oder Missbrauch einer Fernmeldeanlage erfasst und waren strafrechtlich schwierig zu verfolgen. Die Gesetzesrevision soll diese Lücke schliessen und den strafrechtlichen Schutz Betroffener stärken: Sie erhalten nun rechtliche Handlungsmöglichkeiten gegen diese Form von Belästigung, die eine Form sexualisierter Gewalt und eine Menschenrechtsverletzung darstellt. Täter\*innen können mit Freiheitsstrafen von bis zu drei Jahren oder einer Geldstrafe bestraft werden. Die Verfolgung dieses Delikts erfolgt auf Antrag der betroffenen Person.



## FREISPRUCH FÜR ANWALTSKAMMER

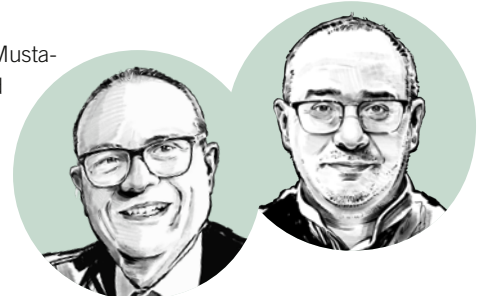
Engagierte Anwalt\*innen geraten in der **Türkei** schnell ins Fadenkreuz der Justiz. Mit der Anklage des gesamten Vorstands der grössten türkischen Anwaltskammer erreichte die Verfolgung jedoch eine neue Dimension.

Am 9. Januar 2026 wurden nun die elf Vorstandsmitglieder der Istanbuler Anwaltskammer, die mehrere Tausend Mitglieder hat, nach einem mehrmonatigen Prozess von den Vorwürfen der «Terrorpropaganda» freigesprochen. Hintergrund der Anklage war eine öffentliche Erklärung der Anwaltskammer vom 21. Dezember 2024, in der diese die Aufklärung der Tötung einer Journalistin und eines Journalisten in Nordsyrien gefordert hatte. Ausserdem kritisierte sie die willkürliche Festnahme von Journalist\*innen, Rechtsbeiständen und weiteren Personen bei einer Demonstration in Istanbul. Daraus konstruierte die Staatsanwaltschaft einen Vorwurf wegen «Terrorpropaganda» und bekräftigte diesen auch zuletzt in ihrem Schlussplädoyer.

## KRITIKER\*INNEN DER TUNESISCHEN MIGRATIONSPOLITIK FREIGELASSEN

Gleich in fünf separaten Strafverfahren war die Anwältin Sonia Dahmani in **Tunesien** angeklagt, am 27. November 2025 wurde sie endlich aus der Haft entlassen. Sonia Dahmani, eine bekannte Medienpersönlichkeit, war am 11. Mai festgenommen worden, nachdem sie in einer Fernsehsendung die Migrationssituation in Tunesien kritisiert hatte. Sie setzt sich seit vielen Jahren für Menschenrechte ein und thematisiert Rassismus und die Zustände in tunesischen Gefängnissen.

Bereits am 24. November wurden der Menschenrechtsverteidiger Mustapha Djemali und sein Mitarbeiter Abderrazek Krimi nach rund 20 Monaten Haft freigelassen, drei weitere Angestellte des Tunesischen Flüchtlingsrats (CTR) wurden freigesprochen. Der 81-jährige Schweiz-Tunesier Mustapha Djemali hat sich für die Rechte von Migrant\*innen eingesetzt, so auch in seiner langjährigen Arbeit für den UNHCR, wo er mehrere Führungspositionen innehatte, und später als Direktor des CTR.



## LEBEN RETTEN IST KEIN VERBRECHEN



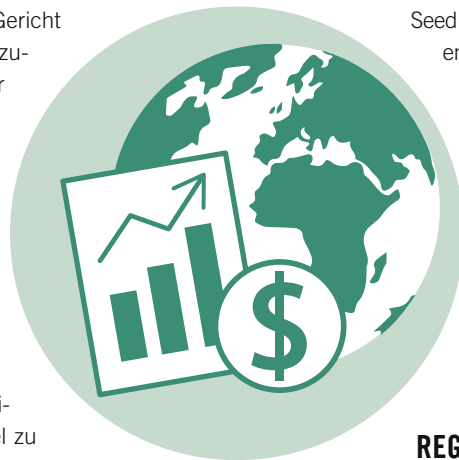
Nach einem Verfahren, das mehr als sieben Jahre dauerte, wurde der irisch-deutsche Lebensretter Seán Binder in **Griechenland** freigesprochen. Er hatte als Freiwilliger für eine Flüchtlingshilfsorganisation auf Lesbos gearbeitet – wegen dieses Einsatzes drohten ihm bis zu 20 Jahre Haft. Seán Binder und seine Kollegin Sarahardini, die selbst aus Syrien geflüchtet war, hatten zusammen mit anderen Freiwilligen auf der Insel Lesbos Geflüchteten geholfen. Seán Binder und Sarahardini verbrachten nach ihrer Festnahme im August 2018 mehr als 100 Tage im Gefängnis, bevor sie gegen Kautionsfreilassung wurden. In den Verfahren wurden den beiden Straftaten wie Spionage und Fälschung sowie Schlepperei, Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung und Geldwäsche vorgeworfen.



Seán Binder umarmt seine Mutter nach dem Gerichtsentscheid überglücklich.

## GERICHT LÄSST KLIMAKLAGE ZU

Erstmals in der **Schweiz** dürfen Geschädigte gegen einen Konzern wegen Klimaschäden klagen. Wie wir in der letzten Ausgabe des AMNESTY-Magazins berichteten, haben vier Fischer\*innen der kleinen indonesischen Insel Pari gegen Holcim eine Klage eingereicht. Holcim, einer der grössten Zementhersteller der Welt, hat seinen Hauptsitz in Zug, weshalb das dortige Gericht darüber urteilen musste, ob die Klage zulässig ist – was dieses Ende Dezember bestätigte. Die Kläger\*innen geben dem Zementkonzern eine Mitschuld am Klimawandel und an dem dadurch verursachten Anstieg des Meeresspiegels. Dieser bedroht die Lebensgrundlage der Insel-Bewohner\*innen zusehends. Die Kläger\*innen verlangen von Holcim, die Emissionen am international vereinbarten Klimaziel auszurichten und sich finanziell an Schutzmassnahmen auf der Insel zu beteiligen. Das Gericht in Zug wies Holcims prozessuale Einwände ab und kam zum Schluss, dass die Fischer\*innen einen hinreichenden Grund für eine Klage hätten. Es gehe nicht nur um den CO<sub>2</sub>-Ausstoss in der Vergangenheit, sondern auch um den in der Zukunft. Es sei «eine ernsthafte Gefahr für eine erneute Rechtsverletzung nicht nur zu befürchten, sondern als sicher anzusehen», heisst es in dem Urteil. Holcim akzeptiert das Urteil nicht und will den Fall weiterziehen.



## SIEG FÜR KLEINBÄUER\*INNEN

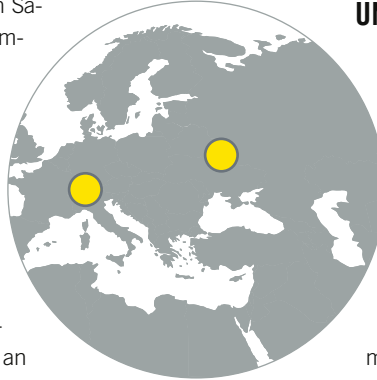
Im November erlangten kenianische Kleinbäuer\*innen einen bedeutenden Sieg für Ernährungssouveränität und Klimagerechtigkeit: In einem bahnbrechenden Urteil entschied der Oberste Gerichtshof **Kenias**, dass der Tausch von Saatgut unter Landwirt\*innen legal ist und erklärte Strafbestimmungen des Seed and Plant Varieties Act für verfassungswidrig. Das Urteil entkriminalisiert damit die seit jeher praktizierte Aufbewahrung, Weitergabe und den Tausch einheimischer Saatgutarten. Jahrelang riskierten kenianische Landwirt\*innen Freiheitsstrafen von bis zu zwei Jahren und Geldstrafen von einer Million KES (etwa 6000 CHF), wenn sie nicht registriertes Saatgut weiterverkauften oder untereinander tauschten. Diese wegweisende Entscheidung schützt traditionelle Anbaumethoden und stellt die Kontrolle der multinationalen Konzerne über landwirtschaftliche Ressourcen in Frage.

## REGELMÄSSIGE LOHNZAHLUNGEN DURCHGESETZT

In **Guinea** wurde den Beschäftigten der Société guinéenne de palmiers à huile et d'héveas (Soguipah) ein fester und strukturierter Zahlungsplan angeboten, nachdem Amnesty International im Oktober 2025 einen Bericht publiziert hatte, aus dem hervorgeht, dass die Rechte der Arbeitnehmer\*innen auf den Plantagen der Soguipah missachtet werden. Der Bericht hob auch hervor, dass die Kleinbäuer\*innen, die mit der Soguipah verbunden sind, häufig mit Zahlungsverzögerungen zu kämpfen haben und unter dem Marktpreis bezahlt werden.

## SCHWEIZ MUSS RÜCKSTAND AUFHOLEN

**SCHWEIZ** Die Schweiz hinkt ihren Nachbarländern in Sachen Konzernverantwortung hinterher. Am 9. Dezember letzten Jahres hat die EU die Verhandlungen zur Überarbeitung ihrer Regeln für Konzernverantwortung abgeschlossen, die Richtlinien für Konzerne (Sorgfaltspflicht, Klimaschutzpflichten, Aufsicht und Haftung) vorsehen. Leider beschränken sich die neuen Konzernverantwortungsregeln der EU auf sehr grosse Konzerne mit über 5000 Mitarbeiter\*innen und mehr als 1,5 Milliarden Euro Umsatz. Mit der im Januar 2025 lancierten neuen Konzernverantwortungsinitiative, für die eine Rekordzahl an Unterschriften gesammelt wurde, würde auch die Schweiz endlich nachziehen und über griffige Regeln verfügen. Der Bundesrat hat bereits einen Gegenvorschlag angekündigt. Die Vernehmlassung soll im Frühjahr 2026 beginnen.

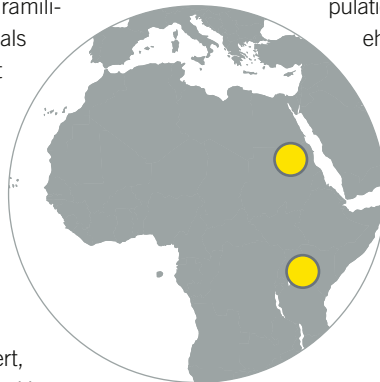


## UNERWÜNSCHTE ORGANISATIONEN

**RUSSLAND** Die Kriminalisierung von Menschenrechtsarbeit hält in Russland an. Am 16. Dezember wurden die Wohnungen und Arbeitsplätze der drei Menschenrechtsverteidiger\*innen Alexei Sokolow, Larissa Zacharowa und Roman Kachanow in Jekaterinburg durchsucht. Alle drei arbeiten für die Organisation «Menschenrechtsverteidiger\*innen des Urals». Aufgrund ihrer Zusammenarbeit mit zwei als «unerwünscht» eingestuft Institutionen, nämlich der europäischen Menschenrechtsorganisation Helsinki Committee for Human Rights und dem National Endowment for Democracy, wurden sie angeklagt. Ihnen drohen dafür bis zu sechs Jahre Haft.

## KRIEGSVERBRECHEN IN SAMSAM?

**SUDAN** Das Hochkommissariat der Vereinten Nationen für Menschenrechte veröffentlichte am 18. Dezember einen Bericht, in dem Übergriffe der sudanesischen Rapid Support Forces (RSF) vom April 2025 auf das Flüchtlingslager Samsam detailliert beschrieben werden. Die Paramilitärs der RSF hatten dabei mehr als 1000 Zivilist\*innen vergewaltigt und Tausende weitere gefoltert und entführt. Amnesty International hatte am 3. Dezember einen eigenen Bericht veröffentlicht, der diese Gräueltaten im grössten Lager für Vertriebene im Bundesstaat Nord-Darfur ebenfalls dokumentiert. Amnesty International fordert, dass diese völkerrechtswidrigen Verstösse als Kriegsverbrechen untersucht werden.



## ZUM 7. MAL PRÄSIDENT

**UGANDA** Bei den Präsidentschaftswahlen vom 15. Januar in Uganda ist Amtsinhaber Yoweri Museveni offiziell zum Sieger ernannt worden. Der 81-Jährige regiert das Land bereits seit 40 Jahren und geht dabei immer härter gegen seine Gegner\*innen und die Zivilgesellschaft vor – auch mit Gewalt. Die Opposition spricht von Wahlbetrug. Vor den Wahlen wurden bei Protesten Anhänger\*innen der Opposition festgenommen, zudem wurden ab dem 13. Januar das Internet abgeschaltet und Mobilfunkdienste eingeschränkt, um «Desinformation und Manipulation» zu vermeiden. Rund um den einzigen Herausforderer Musevenis, den ehemaligen Musiker Bobi Wine, kam es nach den Wahlen zu vielfältigen, unüberprüfbar Gerüchten. So sei der bei den jungen Menschen im Land beliebte Kandidat unter Hausarrest gestellt worden, ja es habe gar einen Entführungsversuch durch die Armee gegeben, worauf er untergetaucht sei.

## GEFÄNGNIS UND AUSSCHAFFUNG TROTZ ASYLSTATUS

**ALGERIEN** Die algerischen Behörden haben den ehemaligen tunesischen Parlamentarier Seifeddine Makhlouf am 18. Januar nach Tunesien rückgeführt, obwohl sein Asylgesuch beim algerischen UNHCR noch läuft. Der Kritiker des tunesischen Präsidenten Kais Saied hatte im Juli 2024 in Algerien Zuflucht gesucht, nachdem er in Tunesien willkürlich inhaftiert und strafrechtlich verfolgt worden war. Obwohl Seifeddine Makhlouf offiziell als Person anerkannt ist, die internationalen Schutz sucht, verurteilten ihn die algerischen Behörden im Juli 2024 wegen illegaler Einreise zu drei Monaten Haft, die er inzwischen verbüsst hat. Anschliessend wurde er von den Behörden willkürlich in Verwaltungshaft genommen. Während seiner Haftzeit verweigerten die algerischen Behörden ihm trotz mehrfacher Anträge die Teilnahme an Terminen mit dem UNHCR bezüglich seines Asylantrags.





**Könnte erneut zu mehreren Jahren Haft verurteilt werden: Chow Hang-tung.**

## VERBOTENES GEDENKEN

**CHINA** Wenn es nach der Regierung geht, soll die chinesische Bevölkerung das Massaker vom 4. Juni 1989 auf dem Tiananmen-Platz in Peking vergessen. Damals wurden Hunderte Menschen getötet oder verwundet, als die Regierung gegen friedliche Demonstrant\*innen Panzer einsetzte. Im Januar 2026 begann nun der Prozess gegen die Anwältin Chow Hang-tung und den Gewerkschafter Lee Cheuk-yan. Die beiden Mitglieder der inzwischen aufgelösten Hong Kong Alliance warteten seit mehr als vier Jahren im Gefängnis auf ihren Prozess. Sie wurden wegen «Verletzung der nationalen Sicherheit» angeklagt, weil sie die jährliche Kerzenlicht-Mahnwache zum Gedenken an die Niederschlagung der Proteste auf dem Tiananmen-Platz organisiert hatten. Amnesty International sammelte für Chow Hang-tung im Briefmarathon 2022 Unterstützungsbriefe, nachdem sie wegen ihres Engagements zu langen Haftstrafen verurteilt worden war. Im Mai 2024 wurde Chow Hang-tung, die zu diesem Zeitpunkt nach wie vor im Gefängnis sass, erneut angeklagt.



## ZWANGSAUSSCHAFFUNGEN ZU DEN TALIBAN

**AFGHANISTAN** Die neuesten Zahlen der Vereinten Nationen vom Dezember zeigen, dass allein der Iran und Pakistan im Jahr 2025 mehr als 2,6 Millionen Menschen nach Afghanistan abgeschoben haben. Etwa 60 Prozent davon sollen Frauen und Kinder sein. Auch aus der Türkei und Tadschikistan seien Tausende Menschen zurückgeschickt worden. Gemäss Medienberichten haben diverse europäische Staaten Verhandlungen mit den Taliban-Behörden geführt, um die Rückführungen von Asylsuchenden nach Afghanistan zu erleichtern. Die EU-Kommission drängt auf eine Abschiebevereinbarung mit der afghanischen Taliban-Regierung – und schickte dafür bereits eine Delegation nach Kabul. Auch aus der Schweiz sollen zukünftig vermehrt straffällig gewordene Afghan\*innen ausgeschafft werden – dies obwohl laut dem Uno-Sonderberichterstatter für Menschenrechte in Afghanistan, Richard Bennett, die Taliban weiterhin für «weit verbreitete Folter und Misshandlungen» in den von ihnen betriebenen Haftanstalten verantwortlich sind.

## HINRICHTUNG TROTZ VÖLKERRECHTSVERBOT

**SAUDI-ARABIEN** Der ägyptische Fischer Essam Ahmed wurde am 16. Dezember 2025 in Saudi-Arabien hingerichtet. Saudische Behörden hatten ihn im Dezember 2021 auf dem Meer zwischen Saudi-Arabien und Ägypten festgenommen. Essam Ahmed sagte, er sei von einem bewaffneten Mann gezwungen worden, ein Drogenpaket zu transportieren. Er gab an, nach seiner Festnahme gefoltert worden zu sein und deshalb Drogenhandel «gestanden» zu haben. Seine Aussagen wurden jedoch während des Verfahrens nicht berücksichtigt, auch erhielt er gemäss Angaben seiner Familie keinen Rechtsbeistand. Die Verhängung von Todesurteilen für Drogendelikte verstösst gegen das Völkerrecht und internationale Standards. In den letzten Jahren haben die saudischen Behörden unter der Führung von Kronprinz Mohammed bin Salman so viele Hinrichtungen durchgeführt wie nie zuvor. Allein im Jahr 2024 wurden 345 Hinrichtungen vollstreckt, 35 Prozent davon wegen Drogendelikten. Das ist die höchste Zahl, seit Amnesty International 1990 begonnen hat, Hinrichtungen in Saudi-Arabien zu dokumentieren.





#### AKTUELL \_ IM BILD

Leidtragende Zivilbevölkerung: Mitte Dezember rückte die bewaffnete Gruppierung M23 weiter in den Osten der **Demokratischen Republik Kongo** vor und eroberte die strategisch wichtige Grenzstadt Uvira. Aus der umkämpften Region flohen bereits Zehntausende Zivilist\*innen, die Zurückgebliebenen wurden bedroht, teils kam es zu Plünderungen und Tötungen, wobei sich die Kriegsparteien gegenseitig beschuldigen. Dies geschah kurz nach einem von den USA vermittelten Abkommen, das die Kämpfe beenden sollte. Trotz unterschiedlichen Angaben über einen Abzug der M23 aus Uvira gehen die Kämpfe weiter, mit Toten auch unter der Zivilbevölkerung.

# DIE WUT BLEIBT



© André Gottschalk

**Danai Dimas** ist Gender Justice Expertin bei Amnesty Schweiz.

Es ist ein trauriger Rekord. Und einmal mehr ein Rekord, der verdeutlicht, dass sexualisierte Gewalt viel zu oft ignoriert oder gar toleriert wird.

2025 wurden in der Schweiz mindestens 27 Femizide gezählt – die Zahl lag in der Schweiz noch nie so hoch. Somit stirbt ungefähr alle 13 Tage in der Schweiz eine Frau\*, getötet von einem Mann, der ihr nahestand. Es sind Ehemänner, (Ex-)Partner, Väter oder andere Verwandte. In vielen Leitmedien erscheinen diese Morde als «Beziehungsdramen» oder isolierte Taten. Diese Erzählung ist bequem – und falsch. Sie verdeckt, dass Femizide keine tragischen Ausnahmen sind, sondern Symptome eines Systems, das sexualisierte Gewalt hervorbringt, duldet und schützt.

Dabei fehlt es nicht an Zahlen und Fakten, jedoch an einer staatlichen Erfassung von Femiziden in der Schweiz. Laut den Vereinten Nationen werden weltweit jährlich mindestens 50 000 Frauen von Männern in ihrem Umfeld getötet. Femizide sind die tödlichste Form sexualisierter Gewalt. Sie ist, bei aller notwendigen Differenzierung, sehr wohl ein Männerproblem. Das heisst nicht, dass Männer keine Gewalt erleben. Es heisst, dass sexualisierte Gewalt überwiegend von Männern ausgeht und sich strukturell gegen Frauen richtet. Auch dort, wo Männer betroffen sind, sind fast immer Männer die Täter.

Dass wir heute Begriffe wie Femizid, rape culture oder stealthing verwenden, ist das Ergebnis jahrzehntelanger feministischer Kämpfe – insbesondere von Schwarzen Feminist\*innen und queeren Aktivist\*innen. Sie analysierten Gewalt von Beginn an intersektional: entlang von Rassismus, Klasse, Aufenthaltsstatus, Ableismus und staatlicher Macht. Gewalt war für sie kein individuelles Fehlverhalten, sondern Ausdruck einer gesellschaftlichen Ordnung – eine systematische Menschenrechtsverletzung.

Diese Kämpfe haben Sprache geschaffen, Daten erzeugt, Schweigen gebrochen und rechtliche Grundlagen gelegt. Mit der von der Schweiz ratifizierten Istanbul-Konvention existiert ein international verbindliches Abkommen zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen mit einer klaren Verpflichtung an die Staaten: Gewalt verhindern, Betroffene schützen, Täter\*innen zur Verantwortung ziehen. Noch sind wir jedoch von einer konsequenten Umsetzung weit entfernt.

Obwohl sexualisierte Gewalt als Menschenrechtsverletzung anerkannt ist, erleben wir weltweit einen massiven Rückschritt. Antifeministische Narrative gewinnen an Raum, die Gewalt gegen Frauen wird verharmlost. Die Mannosphäre wächst: Millionen Männer und Jugendliche bewegen sich in Online-Subkulturen, in denen Frauenhass normalisiert, Kontrolle romantisiert und Gleichstellung als Bedrohung inszeniert wird. So verbreitete sich zum Beispiel 2022 auf TikTok ein Trend, in dem Männer offen Femizid-Fantasien teilten und wie sie Frauen auf ersten Dates töten könnten. Die Feeds erhielten jubelnde Zustimmung.

Diese Diskurse verfolgen dieselben Ziele wie autoritäre Politiker: die Verteidigung männlicher Macht durch die Kontrolle über die Körper der Frauen und durch Angriffe auf Selbstbestimmung und reproduktive Rechte. Gleichstellung wird als «Ideologie» diffamiert.

Gewalt trifft nicht alle gleich, aber sie folgt klaren Machtlinien.

Die 27 Femizide bleiben. Die Trauer bleibt. Die Wut bleibt.

Was es braucht, sind keine weiteren Appelle an individuelle Anpassung, sondern politische, strukturelle und gesellschaftliche Konsequenz. Femizide stehen nicht am Anfang, sondern am Ende. Ihnen gehen sexistische Narrative, Witze und Grenzverletzungen voraus. Wer hier widerspricht, früh benennt und eingreift, kann Gewalt verhindern. |

\*Mit «Frauen» sind in diesem Text alle von sexualisierter Gewalt betroffenen Personen mitgemeint, einschliesslich trans, inter und nicht-binärer Menschen.

Sogar in Ländern, in welchen demokratische Strukturen und Prinzipien gefestigt schienen, nehmen autoritäre Tendenzen in der Politik zu. Parteien, die dem Autoritarismus ein Loblied singen, erleben bei einem guten Teil der Bevölkerung Zulauf. Wie gelingt es den herrschenden Autokraten immer wieder – es sind derzeit tatsächlich vorwiegend Männer –, die Macht auf sich zu konzentrieren und zu behalten? Ihre Angriffe auf die Menschenrechte, internationale Institutionen oder auf Gerichte bereiten grosse Sorge. Hoffnung geben Länder, in denen sich die Bevölkerung dieser «Anführer» wieder entledigt – und zwar friedlich, mit demokratischen Mitteln.



# Autokratie im Allzeithoch?





# Im Zeitalter der Autokratie

**Ob Ungarn, die Türkei oder die USA: Weltweit bröckeln demokratische Normen und machen Platz für nationalistische Rhetorik, Machtkonzentration und die Verfolgung von Minderheiten. Was bedeutet das für die liberale Weltordnung – und für die Menschenrechte?** Von Natalie Wenger

Viktor Orbán machte nie einen Hehl aus seinen autokratischen Plänen für Ungarn. Bereits im Jahr 2014 posaunte er in einer Rede seine Absichten heraus, das Land zu einer «illiberalen Demokratie» zu machen. Und er hielt Wort. Über eine Dekade später kontrolliert seine Fidesz-Partei nicht nur die Exekutive, sondern auch die Justiz. Das Verfassungsgericht ist mittlerweile fast vollständig mit Fidesz-Getreuen besetzt. Mehr als 80 Prozent der Medien werden von Fidesz-nahen Eigentümer\*innen kontrolliert und dienen so der Propaganda der Regierung. Kritische Stimmen werden gezielt verfolgt – genauso wie Minderheiten. Seit Jahren verfolgt Orbán eine gezielte Anti-LGBTI\*-Agenda, welche 2025 im Verbot der Budapest-Pride gipfelte.

In den letzten 15 Jahren ist es Orbán und seiner Partei gelungen, die demokratischen Institutionen – und so nicht zuletzt auch die Menschenrechte – zu erodieren.

Doch damit steht Viktor Orbán nicht allein: Auch in Polen, Israel, der Türkei oder den USA lassen sich ähnliche Tendenzen beobachten. Die polnische Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) begann nach dem Wahlsieg 2015 die Gewaltenteilung einzuschränken und gegen kritische Journalist\*innen und Medienschaffende vorzugehen. In der Türkei missbraucht Recep Tayyip Erdogan die Justiz, um politische Gegner\*innen auszuschalten. Und dass Donald Trump gerne mit Repression und Gewalt kokettiert, zeigte sich spätestens nach dem 6. Januar 2021, als er nach seiner verlorenen Wahl die Menschen, die das US-Capitol stürmten, als Patriot\*innen bezeichnete.

**Der Absturz der USA** | Mit einer Kampagne aus Propaganda, gezielter Hetze und Lügen hat Donald Trump es geschafft, eine Mehrheit der US-Amerikaner\*innen auf Kurs zu bringen und wichtige Widerstandskräfte zu eliminieren. «In seiner ersten Amtszeit hielten viele Beobachter\*innen Trump für albern, sogar etwas dümmlich. In seiner zweiten Amtszeit stellte sich nun heraus, dass er grausam und enorm gefährlich ist», sagt Amanda Klasing, Head

of Advocacy bei Amnesty USA. Innert weniger Tage gelang es dem US-Präsidenten mit einer Unmenge von Dekreten, wichtige nationale Institutionen zu entmachten, die Verfolgung von Migrant\*innen zu legalisieren, Fortschritte im Bereich der Gleichberechtigung zunichtezumachen und historische transatlantische Beziehungen zu kappen.

«Donald Trump spielt mit den Ängsten der Bevölkerung. Einerseits spricht er die Ängste gewisser konservativer oder ländlicher Kreise direkt an und nutzt diese, um ein sowieso schon mangelndes Vertrauen in die Institutionen – seien es nationale oder internationale – zu verschärfen. Andererseits nutzt er hasserfüllte Reden und gezielte Einschüchterungstaktiken, um den Menschen das Gefühl zu geben, machtlos und allein zu sein. Trump zielt somit – wie viele Autokrat\*innen vor ihm – darauf ab, Minderheiten zu isolieren und Gemeinschaften zu zerstören.», sagt Amanda Klasing.

In der Tat tut Donald Trump alles in seiner Macht Stehende, um die amerikanische Demokratie auszulöschen. Er kontrolliert die Medien, entmenschlicht Minderheiten und hetzt gegen seine politischen Gegner\*innen. Demokratische Institutionen sind ihm ein Dorn im Auge – genauso wie freie und faire Wahlen.

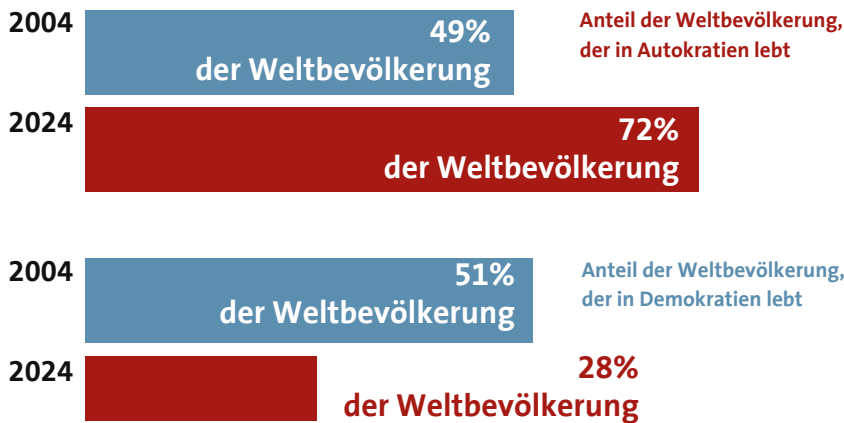
«Trumps Anti-Menschenrechts-Politik hat bereits erheblichen Schaden angerichtet», sagt Amanda Klasing. «Seien es die unmenschlichen ICE-Einsätze, die Verfolgung von trans Personen oder der Austritt aus dem Klimaabkommen von Paris und die Sanktionen gegen den Internationalen Strafgerichtshof: Was in den USA passiert, ist äusserst bedenklich – und sollte als Warnung dienen für alle Staaten, die mit der Einschränkung von Menschenrechten liebäugeln.»

**Demokratien in der Krise** | Es scheint, als stünde die liberale Weltordnung, die auf Demokratie, Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit, Freihandel und Multilateralismus basiert, mit dem Zerfall einer der ältesten Demokratien der Welt auf der Kippe. Rutschen wir gerade ab in ein Zeitalter der Autokratien?

«Die Anwendung von autoritären Praktiken nimmt ganz klar zu», sagt Natasha Wunsch, Professorin für Europastudien und Demokratieforschung an der Universität Freiburg. «In verschiedenen Ländern setzten in den letzten zwanzig Jahren anti-demokratische Machthabende, aber auch aufsteigende Parteien, zumeist populistische oder rechtsradikale, viel daran, den Schutz der Menschenrechte auszuhöhlen, die Rechtsstaatlichkeit zu schwächen und die Gewaltenteilung zu untergraben.»

Dies zeigt sich etwa im Freedom-House-Index 2025, der jährlich den Zustand der Demokratie und der Grundfreiheiten untersucht:

## IMMER MEHR MENSCHEN LEBEN IN AUTOKRATIEN



In den letzten Jahren hat die globale Freiheit stetig abgenommen. In sechzig Ländern hat sich die Lage in Bezug auf politische und zivile Rechte im Jahr 2024 verschlechtert. Zu einer Verbesserung kam es nur in 34 Ländern. El Salvador, Haiti, Kuwait und Tunesien waren die Länder mit den grössten Rückgängen der Freiheiten, doch auch in Ungarn, Serbien oder Indien, das gerne als «grösste Demokratie der Welt» bezeichnet wird, zeigt sich über die letzten zehn Jahre gesehen ein starker Rückgang.

«Der weltweite Rückgang der Demokratie verschärft sich, unabhängig davon, wie wir die Daten aufschlüsseln und welche Messgrössen wir verwenden. Die unveränderte Richtung des Rückgangs weltweit macht die Situation unbestreitbar – selbst für vormalige Skeptiker\*innen», schreibt das Institut Varieties of Democracy (V-Dem) im Democracy Report 2025, der den Zustand von Demokratien anhand von über 500 Indikatoren misst. Erstmals seit 20 Jahren gibt es weltweit wieder weniger Demokratien als Autokratien. Knapp drei Viertel der Weltbevölkerung (72 Prozent) leben in Autokratien. Das ist der höchste Wert seit 1978. Gerade mal 29 Länder werden von V-Dem noch als liberale Demokratien gewertet – zwischen 2007 und 2012 waren es noch 43 Länder.

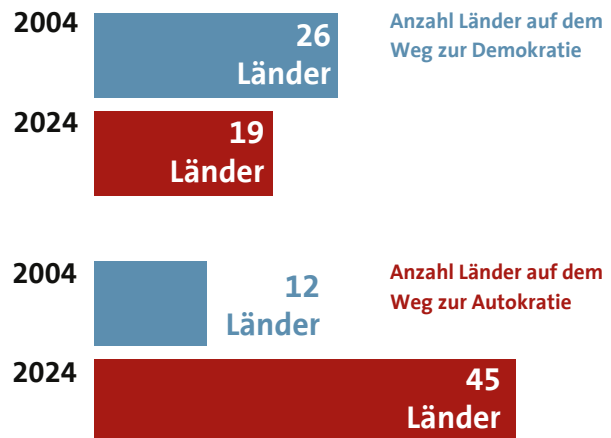
**Ängste und Instabilität als Ursache** | Die Gründe für die Erstarkung von autoritären Regierungsformen sind vielfältig. Als eine Ursache gelten die Terroranschläge in westlichen Demokratien, angefangen mit den Anschlägen vom 11. September 2001 in den USA. Diese legitimierten in vielen Staaten die Verschärfung von Sicherheitsmassnahmen und die Einschränkung von Menschenrechten. Auch die Finanzkrise 2008 gab autoritären Tendenzen Aufschwung: Populistische Parteien formierten sich und wussten die Angst vor schwindenden Lebensstandards und die Skepsis gegenüber institutionellen Mechanismen für sich zu nutzen. Die

Zunahme der Migration von Geflüchteten seit 2015 schliesslich stärkte die Akzeptanz von hasserfüllter, fremdenfeindlicher Rhetorik und führte dazu, dass gewisse Kreise den Schutz von sogenannt «traditionellen Werten» erfolgreich zu propagieren begannen. «Rechtsextremen und populistischen Parteien gelang es besonders in Europa, mit einfachen Lösungen für komplexe Antworten frustrierte Wähler\*innen und Nichtwähler\*innen abzuholen», sagt Natasha Wunsch. «Ihr Zuwachs wurde auch begünstigt, weil traditionelle – vornehmlich linke und soziale – Parteien es versäumt haben, die wirtschaftliche Verunsicherung in der Bevölkerung ernsthaft anzugehen.»

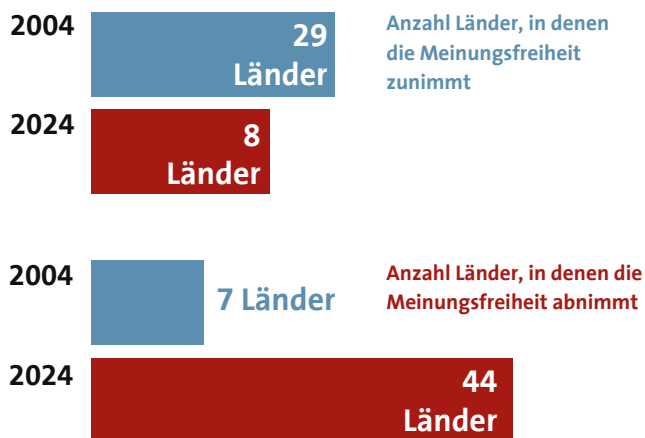
Nicht zuletzt führte die steigende Anzahl von Konflikten zu politischer Instabilität, was den demokratischen Fortschritt weltweit behinderte. Anhaltende Bürgerkriege und zwischenstaatliche Konflikte sowie Gewalt durch bewaffnete Milizen, kriminelle Organisationen oder regierungsnahen Sicherheitskräfte untergruben die Sicherheit und verhinderten die Ausübung grundlegender Rechte wie der Meinungs- oder Versammlungsfreiheit oder des Rechts auf Bildung, wodurch die Welt nicht nur unsicherer, sondern auch weniger frei wurde.

«In Krisenzeiten suchen viele Menschen nach Stabilität und starker Führung – die oft mit vermeintlich «starken Männern» gleichgesetzt wird», sagt Natasha Wunsch. «Gerade junge Männer fühlten sich in einer Zeit, in der Männlichkeit in Frage gestellt wird, oft angesprochen von der Rhetorik von Vorbildern wie Do-

## DEMOKRATIEN IN DER KRISE



## MEINUNGSFREIHEIT IN DER KRISE



nald Trump oder Viktor Orbán. Durch sie fühlen sich die jungen Männer bestärkt, sich wieder wie «richtige Männer» zu verhalten und sich traditionellen Lebensmodellen zuzuwenden. Das ist gefährlich – gerade auch für junge Frauen und Minderheiten.»

Tatsächlich ist der Zerfall von Demokratien eine schlechte Nachricht für alle, die die Politik der Autokrat\*innen ablehnen: Menschenrechte werden beschnitten, der öffentliche Diskurs polarisiert sich, die Instabilität – sowohl wirtschaftlich wie auch sozial – steigt an. Das hat Auswirkungen über die Landesgrenzen hinaus, wie man etwa bei den USA sieht. «Der Stopp von USAID-Entwicklungsgeldern wirft Länder, die sich dank der Zahlungen auf dem Weg der Demokratisierung befanden, um Jahre zurück. Die Infragestellung und Abkehr von internationalen Institutionen und den Vereinten Nationen dient vielen Staaten als Ausrede, um sich von rechtsstaatlichen Prinzipien abzuwenden. Internationale Spannungen nehmen zu, althergebrachte Partnerschaften brechen auseinander», sagt Natasha Wunsch. Umso wichtiger sei es für Europa und Staatengemeinschaften wie die EU, sich aus der Abhängigkeit von den USA zu lösen und nach strategischer Autonomie zu streben. «Unsere Werte und unsere liberal-demokratische Politik können nur dann Bestand haben, wenn wir es selbst an die Hand nehmen.»

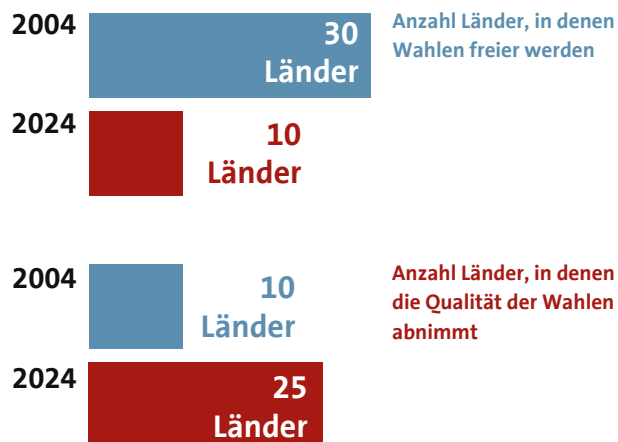
**(Re-)Demokratisierung ist möglich** | Weltweit häufen sich demokratische Krisen. Doch es gibt noch Hoffnung. Denn oft werden die Länder übersehen, die trotz Herausforderungen Fortschritte in der Stärkung der demokratischen Normen machen – auch solche, die sich vormalig auf dem Kurs Richtung Autokratie

befanden. Der V-Dem-Report von 2025 zeigt: 19 Länder befinden sich im Prozess der Demokratisierung, 10 Länder konnten die zunehmend autoritären Tendenzen abwenden und die demokratischen Institutionen wieder stärken, darunter die Malediven, Bolivien, Ecuador oder Brasilien. In 9 weiteren Ländern erfolgte die Demokratisierung stetig, sechs Länder – darunter Fidschi, Montenegro und die Seychellen – starteten gar als Autokratien.

Die autoritäre Route ist keine Einbahnstrasse: Erholung ist möglich. Die Seychellen etwa begannen ihren Demokratisierungsprozess im Jahr 2012 als Wahl-Autokratie, entwickelten sich jedoch zu einer der beiden einzigen liberalen Demokratien in Subsahara-Afrika. Das Land hat in den letzten zehn Jahren faire und freie Wahlen eingeführt, die Gewaltenteilung gestärkt und Raum für eine ungehinderte politische Teilhabe der Bürger\*innen geschaffen. Die anhaltenden demokratischen Reformbemühungen in Guatemala und Polen haben zudem deutlich gemacht, dass der Wiederaufbau von geschwächten Institutionen mühsam, aber möglich ist.

Der Aufstieg von autoritären Tendenzen auch in etablierten Demokratien bleibt aber bedenklich – und hat auch Auswirkungen hierzulande. «Die Schweizer Demokratie wird immer als äusserst stabil wahrgenommen», sagt Natasha Wunsch. «Tatsächlich beschränkt das Konsensmodell sehr effektiv die Macht einzelner politischer Akteur\*innen. Doch der verhärtete politische Diskurs und Angriffe auf unsere Freiheiten und Rechte verdeutlichen: Wir sind auch hierzulande nicht gefeit vor antidemokratischen Angriffen. Die Demokratie erfordert unsere aktive Beteiligung und ständige Pflege. Denn die Beispiele aus den USA oder der Aufstieg der AfD in Deutschland zeigen: Die Stimmung kann sehr schnell kippen. Wir sollten uns nicht darauf verlassen, dass die Schweiz für immer eine Insel der Seligen bleibt.»

## FREIE WAHLEN IN DER KRISE



Quelle der Grafiken: Marina Nord, David Altman, Fabio Angiolillo, Tiago Fernandes, Ana Good God, and Staffan I. Lindberg, 2025. Democracy Report 2025: 25 Years of Autocratization – Democracy Trumped? University of Gothenburg: V-Dem Institute.

# Wenn Gerichte zum Gegner werden

**In Israel soll die Macht der Justiz massiv beschränkt werden, Richter\*innen werden beleidigt und bedroht. Die Regierung unter Ministerpräsident Benjamin Netanjahu will so die eigene Macht stärken.** Von Maria Sterkl

«**E**in gewalttätiger Grössenwahnsinniger, der die israelische Demokratie stiehlt»: So wird nicht etwa ein Hamas-Anführer beschrieben, sondern der Präsident des Obersten Gerichtshofs von Israel. Gewählt wurden diese scharfen Worte von Israels Finanzminister Bezalel Smotrich. Ein Extrembeispiel? Keineswegs.

Im heutigen Israel ist es akzeptabel geworden, gegen die Justiz zu hetzen. Die Regierung macht es vor: Sie beschuldigt die Hüter\*innen des Gesetzes des Verrats und bezeichnet sie als Feind\*innen des Volkes. «Böswillig und rücksichtslos» seien die Strafverfolger\*innen, sagte Ministerpräsident Benjamin Netanjahu. «Kriminell» sei die Generalstaatsanwältin, erklärte Sicherheitsminister Itamar Ben Gvir. Der Präsident des Höchstgerichts sei «ein Clown», sagte Diasporaminister Amichai Chikli.

Die Hetze bleibt nicht folgenlos. Seit Jahren sehen sich die Generalstaatsanwältin und die Präsident\*innen des Höchstgerichts mit Morddrohungen konfrontiert. Es war Benjamin Netanjahu selbst, der diese Hetzkampagne initiiert und angefeuert hat. Manche meinen, es gehe ihm darum, von seinem eigenen Korruptionsprozess abzulenken und seine Ankläger\*innen zu verleumdern. Diese Erklärung greift zu kurz.

**Aushöhlung des Rechtsstaats** | Die Justiz in ein möglichst schlechtes Licht zu stellen, ist in vielen Demokratien der Anfang des Abgleitens in ein autoritäres Regime. In Israel beschränkt sich diese Tendenz längst nicht mehr nur auf Rhetorik. Die Schmähkampagne gegen den Rechtsstaat ist die Begleitmusik zu einer Politik, die darauf hinarbeitet, die Macht der Regierung auszudehnen – und alles, was dem im Wege steht, zu beseitigen. Es ist ein Kampf, der nicht nur gegen die Justiz, sondern auch gegen die freie Presse und gegen kritische zivilgesellschaftliche Organisationen geführt wird. Der Kampf gegen die Justiz hat aber Priorität: Schliesslich ist es das Höchstgericht, das die Regierung bremst, wenn diese Medien und NGOs beschränken will.

Höchstgerichtspräsident Yitzchak Amit ist ein besonnener Mann. Der 68-jährige Sohn von Holocaust-Überlebenden aus ei-

nem benachteiligten Viertel im Süden Tel leistete seinen Wehrdienst in einer Geheimdienst-Einheit, bevor er in Jerusalem Jura studierte. Sein erstes Richteramt führte ihn in die Stadt Akkon, die zu einem Drittel von Araber\*innen bewohnt wird. Seit 2009 ist Amit Richter am Obersten Gerichtshof. Unter Jurist\*innen hegte niemand Zweifel, dass er 2024 der scheidenden Präsidentin Esther Hayut nachfolgen und den Vorsitz übernehmen würde. Das hinderte den konservativen Justizminister Jariv Levin jedoch nicht daran, die Wahl von Yitzchak Amit zu blockieren, weil dieser den Machtauswüchsen der Regierung unter Netanjahu wiederholt Schranken gesetzt hatte.

Ironischerweise war es das Höchstgericht, das Minister Levins Blockade für rechtswidrig erklärte, sodass Yitzchak Amit seither Präsident dieses Gerichts ist. Justizminister Levin anerkennt dies jedoch nicht und behindert Amit seither, wo er nur kann: Er verweigert Absprachen, obwohl es zu den Aufgaben des Ministers gehört, sich mit dem Höchstgerichtspräsidenten zu koordinieren. Er zerrt den obersten Richter wegen Bagatellen vor die Disziplinarbehörde. Und zuletzt rief er alle Minister\*innen dazu auf, bestimmte Entscheidungen des Höchstgerichts zu missachten.

Auch das Höchstgericht und die Staatsanwältin werden in ihrer Arbeit von Minister\*innen und auch von Präsident Netanjahu behindert. Ausserdem bleiben von den 15 Sitzen am Obersten Gerichtshof vier unbesetzt, weil Justizminister Levin die Nachnominierung verweigert. Dahinter steckt Kalkül: Je weniger Personal dem Höchstgericht zur Verfügung steht, desto schwächer ist es. Da es zudem überwiegend liberale Richter\*innen waren, die zuletzt in

**Die Schmähkampagne gegen den Rechtsstaat ist die Begleitmusik zu einer Politik, die darauf hinarbeitet, die Macht der Regierung auszudehnen – und alles, was dem im Wege steht, zu beseitigen.**

Maria Sterkl berichtet aus Jerusalem für verschiedene Zeitungen in Deutschland und Österreich.

den Ruhestand traten, ergab sich durch die Unterbesetzung eine konservative Mehrheit. Das ist kein Zufall. Laut Beobachter\*innen sieht man in den jüngsten Entscheidungen des Höchstgerichts bereits die konservative Tendenz.

**Im Schatten des Gaza-Krieges** | Dass es so weit kommen konnte, hat mit dem Krieg in Gaza zu tun. Die Regierung hatte schon einmal mit einer Justizreform versucht, die Rolle des Höchstgerichts zu beschränken: Bislang wurden die Gesetze des Parlaments durch den Obersten Gerichtshof auf ihre Rechtmässigkeit

gekommen», sagt Yaniv Roznai, Rechtsprofessor an der Reichman-Universität in Herzliya. Diesmal habe Levin aber nicht sofort alle seine Pläne offengelegt. «Die Regierung hat ihre Lektion gelernt.» Nun waren es viele kleine Gesetzesänderungen, die von einzelnen Abgeordneten der Regierungsparteien im Parlament eingebracht wurden – mitten im Krieg, als ganz Israel mit existenzielleren Sorgen beschäftigt war.

Begleitet wurde dies von Levins Weigerung, jenes Komitee einzuberufen, das neue Richter\*innen bestellt. Da das Gremium nach dem Terrorangriff der Hamas vom 7. Oktober 2023 nicht mehr tagte, konnten keine Richter\*innen nominiert werden – vom Bezirksgericht bis hin zum Obersten Gerichtshof. Erst unter Druck des Höchstgerichts konnten mit einem Schlag 200 offene Stellen nachbesetzt werden. Doch seit 2024 kam es zu keiner neuen Nomination mehr, Justizminister Levin blockiert wiederum die Personalrekrutierung, so dass die Gerichte unter dem grossen Rückstau unerledigter Fälle stöhnen. «Darunter leiden letztlich alle Israelis», sagt Professor Roznai.



© Aluf Safadi/EPN/Keystone

**Demonstrant\*innen protestieren 2021** gegen Netanjahu vor seiner Residenz, als dieser gerade wegen Betrug und Bestehung vor Gericht steht.

überprüft – dies war der Regierung ein Dorn im Auge. Die Justizreform war denn auch eines der ersten Vorhaben, die Netanjahus Kabinett nach der Wahl im Jahr 2022 der Öffentlichkeit präsentierte. Die Reaktion der Bevölkerung war klar und deutlich: Wochenlang gingen die Massen auf die Strasse, blockierten Autobahnen, erklärten Streiks und zwangen den Justizminister zum Rückzug seines geplanten Coups.

Im Schatten des Kriegs in Gaza machte sich die Regierung daran, die Schwächung der Justiz von Neuem anzugehen. «Als die kritische Öffentlichkeit in Israel damit beschäftigt war, für die Rückkehr der Geiseln zu kämpfen, sah der Justizminister seine Chance

### Demokratie auf der Kippe

Da Netanjahus Regierung die Wahlen in diesem Jahr laut allen Umfragen nicht überleben wird, versucht sie, die Justizreformen zu zementieren. Die Koalitionsparteien verabschiedeten ein Gesetz, das die Bestellung künftiger Richter\*innen in die Hände der Parteien legt. Eine gefährliche Entwicklung, sagt Roznai: «Ein Richter, der mit einem Fall von Siedlergewalt zu tun hat, weiss, dass es die Politiker\*innen sind, die über seine Beförderung entscheiden. Wie soll ihn das nicht beeinflussen?»

In einer Erhebung des israelischen Demokratieinstituts geben 45 Prozent der Befragten an, dass sich Israels Demokratie in einem schlechteren Zustand befindet als andere Demokratien. Seit 2023 klassifiziert das Institut Varieties of Democracy Israel nur noch als Wahldemokratie. Eine weitere Folge der Regierungspolitik besteht darin, dass das Vertrauen der liberal denkenden Bevölkerung in den Rechtsstaat durch diese Eingriffe in das Justizsystem und durch das Verhalten der Regierung geknickt ist. Netanjahu-Anhänger\*innen wiederum glauben der gebetsmühlenartig wiederholten Mär, dass ein linker «Schattenstaat» das Land regiere, der die Justiz in den Ring schicke, um den «Willen des Volkes» zu unterdrücken. |

# «Wie die Orbán-Regierung über uns spricht, ist widerlich»

Wie lebt es sich als queerer Mensch in einem Land, in dem die autoritäre Regierung gegen die LGBTI\*-Community hetzt? Der homosexuelle Dániel Waliduda spricht darüber, wie es ihm in Ungarn geht.

Von Keno Verseck

In keinem anderen Land im demokratischen Europa ist Homophobie so sehr Staatspolitik wie in Ungarn. Seit Jahren polemisiert die Staatsführung gegen Menschen aus der LGBTI\*-Gemeinschaft. Premier Viktor Orbán suggeriert, Homosexuelle seien potenzielle Pädosexuelle. Ein Gesetz gegen sogenannte «Gender-Propaganda» verbietet das öffentliche Zeigen von Symbolen oder Schriften zu LGBTI\*-Themen mit dem Argument des Schutzes von Minderjährigen. Und in der Verfassung steht, dass der Vater ein Mann und die Mutter eine Frau ist. Wie lebt es sich als queerer Mensch in einem solchen Land? Der 36-jährige Dániel Waliduda aus Budapest erzählt:

«Ich komme aus einem kleinen Dorf in Westungarn und wohne seit fast 20 Jahren in Budapest. Ich habe einen Abschluss in Politologie und russischer und polnischer Philologie, mache bald einen Jura-Abschluss und arbeite als Manager in einem internationalen Finanzunternehmen. Mein Verlobter und ich möchten im Frühjahr unsere Partnerschaft registrieren lassen. In Ungarn dürfen homosexuelle Paare nicht heiraten. Wir sagen trotzdem: Wir heiraten.

Mir wurde als 13-Jähriger bewusst, dass ich schwul bin. Als ich 15 war, sagte ich es meinen drei besten Freunden. Ich hatte Angst, aber sie akzeptierten sofort, wie ich bin. Das half mir sehr, mich selbst schon früh anzunehmen. Meinen Eltern sagte ich es als Student, zuerst meiner Mutter, später auch meinem Vater. Beide haben es angenommen. Einmal fragten seine Kumpel im Dorf meinen Vater, ob ich eine «Schwuchtel» sei. Er antwortete ihnen Ja und dass das auch völlig in Ordnung sei. Das war sehr berührend.

Einmal bekam ich wegen meiner Homosexualität keine Arbeitsstelle, diese wäre im staatlichen Dienst gewesen. Ansonsten hatte ich im Alltag bisher kaum Probleme als Schwuler. Mir ist jedoch klar, dass ich Glück habe und kein typischer Fall bin. Ich sehe, wenn ich das so sagen darf, nicht besonders schwul aus. Für viele queere Menschen ist die Situation aber ganz anders.

Die Propaganda von oben macht mich wütend. Wie diese Regierung über Menschen aus der LGBTI\*-Gemeinschaft spricht, ist widerlich. Es ist emotional schwer auszuhalten, deshalb versuche ich, es zu ignorieren. Dennoch bemerke ich in meinem Freundes- und

Bekanntenkreis, dass viele darüber nachdenken, aus Ungarn auszuwandern; einige sind auch tatsächlich weggegangen. Für trans Personen ist es in Ungarn wirklich nicht aushaltbar. Als Folge der jahrelangen Propaganda können viele jüngere schwule Männer sich selbst nicht akzeptieren. Sie sind unfähig zu normalen Beziehungen, viele flüchten in Alkohol und Drogen.

Ich selbst lebe seit elf Jahren mit HIV. Die Krankheit ist immer noch ein grosses Tabu-Thema. Es gibt viele Vorurteile, auch unter Ärzt\*innen und beim Pflegepersonal. Ich bin einer der ganz wenigen Schwulen, die offen darüber sprechen, weil ich ein Umfeld habe, das mich unterstützt. Das haben nur wenige.

Leider verhindert die Propaganda der Orbán-Regierung, dass es Fortschritte gibt. Bisher wollen mein Partner und ich nicht wegziehen. Wenn Orbán aber nach der Wahl im April 2026 weiterhin an der Macht bleibt, dann werden wir ernsthaft darüber nachdenken, Ungarn zumindest eine Zeit lang zu verlassen.»



Dániel Waliduda vor einem Graffiti mit dem Slogan «Es ist auch unser Land».

# Das Spiel mit der Angst

In Russland hat Präsident Wladimir Putin nach und nach mit dem Mittel der Angst seine Macht gefestigt. Der Historiker Artem Efimov analysiert diesen allmählichen Wandel.

Als Wladimir Putin 1999 sein Amt als Präsident im Kreml antrat, soll eine seiner ersten Amtshandlungen darin bestanden haben, sich aus den Archiven die geheimen Protokolle der Politbüro-Sitzungen aus der Stalin-Ära liefern zu lassen. Das hat mir jedenfalls einer meiner Bekannten erzählt, der Anfang der 2000er-Jahre in der russischen Präsidentschaftsverwaltung tätig war. Die Dokumente seien Putin kistenweise geliefert worden. Er habe sie bis spät in die Nacht hinein sorgfältig studiert. Meine Quelle neigt vielleicht zu Übertreibungen. Aber auch wenn diese Geschichte nicht genau so ablief, verbirgt sich dahinter eine tiefere Wahrheit.

In Russland werden weiterhin Debatten darüber geführt, ob Josef Stalin ein «blutrünstiger Tyrann» oder einfach «effizient» war. Es geht also auch um die Frage, ob Bürger\*innen ihren Staat fürchten sollen. Würde dieser dadurch effizienter werden? Diese Vorstellung, Angst als Instrument der Regierungsführung einzusetzen, kannte Wladimir Putin schon von seiner Zeit beim russischen Geheimdienst KGB Mitte der 1970er-Jahre. Dieser folgte einer einfachen Ideologie: Der Staat ist auf Tugend gegründet und bestraft diejenigen, die davon abweichen. Als Tugend wurde die Loyalität gegenüber der UdSSR verstanden – nicht gegenüber dem Generalsekretär, sondern gegenüber der Partei und der Parteilinie. Als Putin 1999 die Leitung des FSB (Nachfolger des KGB) übernahm, brachte er am Sitz des FSB eine Gedenktafel zu Ehren von Juri Andropow, dem Urheber dieser Ideologie, an.

**Die Atempause nach Stalin** | Etwas prosaisch formuliert, könnte man sagen, dass Russland 1953 bis 1991 «eine Ära der Befreiung vom staatlichen Terror» erlebte. Im Machtkampf nach Stalins Tod schlossen seine Nachfolger eine Art Pakt: Sie würden die Macht unter sich aufteilen und sich nicht gegenseitig umbringen. In den folgenden Jahren wurden diejenigen, die Machtkämpfe verloren oder in Ungnade fielen, zwar kaltgestellt, mussten aber nicht um ihr Leben fürchten oder damit rechnen, ins Gefängnis geworfen zu werden. Nach und nach wurde dieser Pakt auf die gesamte Nomenklatura,

die herrschende Klasse, ausgeweitet. Dies führte zu einer Entspannung, auch bei der Bevölkerung. Gefängnisstrafen und Hinrichtungen wurden seltener. Eine unvorsichtige politische Bemerkung konnte zwar immer noch die Beförderung oder sogar den Arbeitsplatz kosten, aber um im Gefängnis zu landen, musste man sich aktiv gegen die Regierung stellen. Mit dem Zerfall der Sowjetunion endete diese Ära.

**Ein herber Rückschlag** | Nach Putins Amtsantritt wurde das Nomenklatura-System mit seiner typischen Liste von «Getreuen» wieder eingeführt, die mit Privilegien, Karrierechancen und Immunitätsgarantien belohnt wurden. Auch die Angst kehrte in dieses System zurück. Im Jahr 2000 wurde der Oligarch Wladimir Gusinski inhaftiert. Nach seiner Freilassung war er gezwungen, seine Medienbeteiligungen an das staatliche Unternehmen Gazprom zu verkaufen und Russland zu verlassen. Im Jahr 2003 wurde ein weiterer Oligarch, Michail Chodorkowski, verhaftet – offiziell wegen Steuerhinterziehung, in Wirklichkeit jedoch wegen seiner politischen Ambitionen. Im Gegensatz zu Gusinski gab Chodorkowski nicht nach, was ihm zehn Jahre Gefängnis

Artem Efimov ist Historiker und Chefredaktor des Signal-Newsletters des unabhängigen Medienunternehmens Meduza.



einbrachte. Nach seiner Freilassung 2013 wurde er des Landes verwiesen.

Während seiner ersten beiden Amtszeiten galt Wladimir Putin als das Land einigender Präsident, staatliche Gewalt und Angst blieben auf niedrigem Level. Wirtschaftlicher Erfolg und geschickte politische Manöver reichten aus, um seine Macht zu sichern. Diese begann jedoch 2008 zu bröckeln, als er das Präsidentenamt wegen der Amtszeitbeschränkung an Dmitri Medwedew weitergab. Sie brach 2011 vollständig zusammen, als Putin seine Rückkehr in den Kreml ankündigte. Es kam zu den grössten Protesten in der Geschichte der Putin-Herrschaft. Die meisten Liberalen, Nationalist\*innen und Linken wandten sich von ihm ab. Da Putin die Menschen nicht mehr einte, machte ihn sein Umfeld zu einem konservativen Anführer. Und er begann, seine Macht durch Angst zu festigen.

**Neue Feinde** | Der Glaube an die Existenz einer «schweigenden Mehrheit» wurde vom Westen übernommen, und um diese Mehrheit zu mobilisieren, begann der Kreml, sie mit «moralischen Werten» anzustacheln. Zunächst gab es Angriffe auf wohlhabende Leute: Diese würden protestieren, statt zu arbeiten; sie würden «normale Menschen verachten» und lieber im dekadenten Westen als in Russland leben. Dann entstand ein neues «moralisches «Feindbild»: Mitglieder des feministischen Kunstkollektivs Pussy Riot wurden 2012 wegen einer provokativen Protestaktion in einer Kirche zu zwei Jahren Haft verurteilt, 2013 folgte das Verbot von LGBTI\*-«Propaganda». Im gleichen Jahr dann das Gesetz gegen «ausländische Agenten». Beide Gesetze wurden später mehrfach verschärft. Die Botschaft ist dabei immer dieselbe:

Es gibt einerseits ein «Wir» – die «einfachen, ehrlichen, fleissigen, patriotischen und tugendhaften Russ\*innen» – und «die anderen», die «Verräter, Gotteslästerer, Lügner und Perverse».

Auch die Medien bleiben von dieser Angstpolitik nicht verschont. Um 2014 entschieden sich viele meiner Freund\*innen, Russland zu verlassen, da sie keine Zukunft mehr für den authentischen Journalismus sahen. Unter ihnen war auch Galina Timtschenko. Die Chefredaktorin von Lenta.ru, damals eines der grössten unabhängigen Medienunternehmen Russlands, wurde entlassen, weil sie kritisch über die Annexion der Krim berichtet hatte. Fast die gesamte Redaktion kündigte aus Protest. Wenig später wurde sie Mitbegründerin der Internetzeitung «Meduza» mit Sitz in der lettischen Hauptstadt Riga. Mehrere Medien erlitten das gleiche Schicksal wie Lenta.ru.

Die Annexion der Krim im Jahr 2014 war weitgehend ein Ergebnis dieser Kehrtwende. Putin hegte von Anfang an geopolitische Ressentiments. Lange hatte er gehofft, dass das Wirtschaftswachstum Russlands ihm letztendlich im Westen die Anerkennung als Anführer einer Grossmacht einbringen würde. Nun verfolgt er sowohl in der Aussen- wie auch in der Innenpolitik denselben Grundsatz: «Wenn sie uns nicht lieben oder respektieren, sollen sie uns zumindest fürchten.»

Die Invasion der Ukraine am 24. Februar 2022 brachte seltsamerweise nichts grundlegend Neues in der russischen Innenpolitik. Sie hat lediglich einen Trend auf die Spitze getrieben, der sich im Laufe des letzten Jahrzehnts entwickelt hatte: Man wusste nicht mehr, woran man war. Da ich das nicht auf eigenes Risiko herausfinden wollte, tat ich es denen gleich, die gegangen waren.

Ich würde nicht behaupten, dass diejenigen, die geblieben sind, von «massivem Terror» sprechen würden. Russland führt nach wie vor keine Hinrichtungen durch. Allerdings ist die Schwelle für das, was als «aktive dissidente Handlung» gilt und zu einer Gefängnisstrafe führen kann, deutlich gesunken. Es reicht nun schon aus, die Kriegsverbrechen in der Ukraine zu erwähnen oder die politische Zweckmässigkeit der Invasion von 2022 in Frage zu stellen. Von «normalen Russ\*innen» wird nun erwartet, dass sie die Ukraine, den Westen, «ausländische Agent\*innen», die Opposition und die queere Gemeinschaft fürchten und hassen – nicht, weil diese Gruppen die Tugend bedrohen würden, sondern einfach, weil man so seine Loyalität gegenüber der Regierung beweist. Wahrscheinlich hat Wladimir Putin die Dokumente aus der Stalin-Ära wirklich so fleissig studiert, wie mein Freund behauptet, und er hat offensichtlich viel daraus gelernt. |

**In den Fussstapfen des «Vaters der Nation»:** Wladimir Putin wird zunehmend mit Josef Stalin verglichen, da er dieselben autoritären Machtmittel anwendet.



© Dmitri Lovetsky/AP/Keystone



Im Trump-Shop werden nicht nur Trump-Devotionalien verkauft, sondern auch allerlei Glitzerzeug.

## «Ich, der Staat»

**Der Personenkult ist eine Konstante autoritärer Regierungen und Parteien. Immer mehr Staatsoberhäupter, auch in Demokratien, erliegen seinem Reiz.**

Von Jean-Marie Banderet

Was haben eine Peeling-Maske, ein Schneidebrett und eine Duftkerze gemeinsam? All diese Artikel werden uns im offiziellen «Trump Store» aufgedrängt – so auch eine «legendarische» rote Krawatte für 110 Dollar oder eine berühmte Mütze mit gelbem MAGA-Schriftzug für 55 Dollar. Mal abgesehen von der vorherrschenden Farbe Gold: Die meisten der vielen hundert Produkte in diesem Onlineshop haben den Chef des Weissen Hauses zum Thema. Es ist eine breite Palette unterschiedlichster Artikel, die die Trump Organization in verschiedenen Produktlinien verhöckert. Jeder Cent aus ihrem Verkauf fließt in die Kassen des Familienkonzerns, der von den beiden ältesten Söhnen des US-Präsidenten Donald Trump geleitet wird.

Bei den indischen Parlamentswahlen 2019, die Narendra Modi zu seiner zweiten Amtszeit verhalfen, hatte die Bharatiya Janata Party (BJP) eine App entwickelt, die sich an chinesischen Online-Verkaufsplattformen orientierte. Über diese App können auch heute noch T-Shirts, Tassen, Mützen, Armbänder oder Magnete mit dem Konterfei des indischen Premierministers gekauft werden. Mit dem zweideutigen Slogan «One Man, One Mission, One Nation» (ein Mann, eine Mission, eine Nation) stellte die Kampagne das politische Programm der BJP in den Hintergrund und vermarktete stattdessen die Persönlichkeit von «NaMo» und dessen angebliche Rolle als «Beschützer der Hindus vor externen und internen Bedrohungen».

Ob Porzellanteller mit dem Konterfei von Xi Jinping im Mao-Stil, die in Geschäften in der Nähe des Tiananmen-Platzes verkauft werden, Matroschka-Puppen mit dem Porträt von Wladimir Putin, XXL-Reproduktionen des Porträts von Ayatollah Ali Khamenei oder T-Shirts zu Ehren von Abdel Fattah al-Sissi oder Rodrigo Duterte: All diese Produkte, ob von offizieller Seite oder von «befreundeten» Unternehmen verkauft, verherrlichen und idealisieren stets die Figur hinter dem Motiv. Es sind aber nicht nur einfach Huldigungen zu Ehren dieser «starken Männer». Vielmehr ist der Personenkult ein Zeichen dafür, dass das Land in autoritäre Strukturen abgeleitet.

Der Historiker und Professor für Politikwissenschaften an der Universität Nizza Vincent Martigny spricht lieber von einer «Ultra-Personalisierung» statt von Personenkult. «Personenkult» habe eine sehr historische Konnotation, da das Wort aus dem ersten Drittel des 20. Jahrhunderts stammt und sich auf totalitäre Systeme wie den Bolschewismus, den Faschismus oder den Nationalsozialismus bezieht.



© Andrew Lichtenstein/Corbis

**Ein altes Phänomen...** | Diese Bezüge zeigen aber auch: Die Personalisierung der Macht ist nichts Neues. «Spuren davon finden sich bereits bei Julius Cäsar, der sein Gesicht auf Münzen prägen liess», sagt Vincent Martigny, «oder bei Ludwig XIV., der sein Porträt beim Adel, aber auch in der breiteren Bourgeoisie verbreiten liess.»

«Es gab schon immer starke und charismatische Führungspersonen, die sich inszenierten. Sie waren in der Regel aber bereits an der Macht», sagt Antony Dabila, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Politikforschungszentrum CEVIPOF der Universität Science Po in Paris. Laut dem Forscher gab es jedoch einen Wendepunkt in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts mit dem Wahlkampf von General Boulanger in Frankreich: «Er wird oft als einer der ersten modernen demagogischen und populistischen Anführer angesehen. Seine Kampagne ging mit einer massiven Verbreitung seines Bildnisses auf Alltagsgegenständen wie Streichholzschachteln oder Schokoladeverpackungen einher – ermöglicht durch den Fortschritt in der industriellen Drucktechnik und begleitet von den Anfängen der Konsumgesellschaft.»

... das sich erneuert | Im 20. Jahrhundert kamen vermehrt Gegenstände mit dem Porträt von Adolf Hitler, Benito Mussolini, Josef Stalin oder anderen autoritären Persönlichkeiten auf. «Die Verbreitung von Gegenständen mit dem Bildnis des Staatsherrn war damals von der ideologischen Ausrichtung der Regierung abgekoppelt», sagt Vincent Martigny. «Neu ist hingegen ihr Einsatz auch in demokratisch regierten Ländern. Praktiken, die lange Zeit mit Diktaturen in Verbindung gebracht wurden, finden sich nun also auch in pluralistischen Systemen wieder. Das haben wir bei Donald Trump gesehen, aber auch schon früher bei Silvio Berlusconi, seit Ende der 1990er Jahre.»

Neue Mittel der Verbreitung in grosser Zahl haben dies befördert. «Die Massenproduktion von Bildern, das Aufkommen von Radio, Fernsehen und heute auch die sozialen Medien haben die Art und Weise, wie Macht verkörpert wird, grundlegend verändert», sagt Antony Dabila. «Das Problem ist nie das Medium an sich, sondern wie es eingesetzt wird: Einige nutzen die Medien, um die Nutzer\*innen rational zu informieren und zu überzeugen, andere, um sie emotional zu überwältigen.»

Vincent Martigny teilt diese Ansicht: Die Emotionen würden ins Zentrum der Kommunikation gestellt und sogar the-

atralisch inszeniert. «Indem Emmanuel Macron dem französischen Volk erklärte, dass er es liebe, verband er seine persönliche Gefühlslage mit seinem Posten. Ein Posten, in dem von ihm eher Stärke bei der Regierungsführung erwartet wird.»

Ebenso wird die Inszenierung des Körpers ein zunehmend wichtigeres Sinnbild für politische Kraft. «Die Körper der Staatsherrn werden immer wieder bewusst inszeniert. So zeigt sich etwa Wladimir Putin mit nacktem Oberkörper auf einem Pferd. Emmanuel Macron lässt sich beim Boxtraining fotografieren. In Kanada verhalf dem ehemaligen Premier Justin Trudeau ein vielbeachteter Boxkampf gegen einen politischen Gegner zu einem Karrieresprung.»

Nicht zuletzt ist auch die absichtliche Vermischung von Realität und Fiktion ein wichtiger Bestandteil des Personenkults. «Barack Obama, der sich auf die Fernsehserie ‹House of Cards› bezog, Donald Trump, der Bilder von sich als Julius Cäsar verbreitet: Der zunehmende Einsatz von Montagen, Deepfakes oder digitalen Manipulationen verwischt die Grenzen zwischen politischer Repräsentation und Unterhaltung», sagt Vincent Martigny. Wenn diese Verzerrungen zudem mit Satire verbunden werden, können sie demokratiegefährdend sein, betont Antony Dabila: «Wenn Gegner\*innen als lächerliche Figuren verspottet werden, gelten sie nicht mehr als gleichwertige Gesprächspartner\*innen. So werden demokratische Kompromisse schwierig...» Manchmal karikieren sich Mächtige gar selbst, fügt Vincent Martigny hinzu: «Gewisse Machthaber zeigen sich in einer lächerlichen, absurden oder provokativen Pose. Dies entzieht der Satire den Boden ihrer wichtigen Funktion als Kritikerin des politischen Systems. Es braucht keine Satire mehr, die Politik produziert sie gleich selbst.»

**Wachsamkeit ist geboten** | «Eine solche Ultra-Personalisierung ist ein besorgniserregendes Symptom dafür, dass sich die politischen Praktiken einer Demokratie denen eines autoritären Regimes annähern», sagt Vincent Martigny. «Man glaubte, Demokratien effizienter zu machen, indem man die Macht eher auf Einzelpersonen als auf Gruppen konzentrierte. Viele zahlen heute den Preis für diesen Irrtum.» Für Antony Dabila gibt es noch keine zufriedenstellende demokratische Antwort auf diese Entwicklungen. «Aber das Problem anzuerkennen, ist bereits ein erster Schritt.» Auch wenn die Grenze zwischen Demokratie und Autokratie fließend sein mag: Es gibt Indikatoren für eine autoritäre Entwicklung, die uns alarmieren sollten. Denn wie Vincent Martigny zusammenfasst: «In einer Demokratie ist Macht ein leerer Stuhl. Wenn eine Person versucht, sich dauerhaft darauf zu setzen, ist das ein Zeichen, dass die Demokratie krank.»



## Künstliche Nostalgie

Die rechtsextreme Partei Chega idealisiert die autoritäre Herrschaft von António Salazar in Portugal und hat damit zunehmend Erfolg – insbesondere bei jüngeren Menschen. Von Baptiste Fellay

«Ich habe keine nostalgischen Gefühle für eine Zeit, die ich selbst gar nicht erlebt habe. Aber eines weiss ich: Es bräuchte einen, zwei oder drei Salazars, um die Korruption aus diesem Land zu vertreiben.» Eine solche öffentliche Äusserung über António Salazar, der Portugal von 1932 bis 1968 mit seinem «Estado Novo» mit harter Hand regierte, wäre bis vor Kurzem undenkbar gewesen. Zumindest bis der Abgeordnete André Ventura diese Worte im Oktober 2025 an einer portugiesischen Parlamentsversammlung wählte – drei Monate vor den Präsidentschaftswahlen vom 18. Januar 2026, für die er kandidierte. Der historische Erfolg des rechtspopulistischen Politikers, der mit 23,5 Prozent der Stimmen auf dem zweiten Platz landete, gilt als historisch und bestätigt seine Partei Chega (Es reicht) als wichtigste Oppositionskraft des Landes.

In Portugal brach André Ventura ein Jahrzehnte geltendes Tabu. «Es war bisher nicht gerade klug, sich politisch auf Salazar oder seinen Estado Novo zu berufen. Nachdem die Diktatur gefallen war, herrschte allgemein Einigkeit darüber,

dass dies eine dunkle Zeit war, geprägt von Elend und Krieg», sagt Victor Pereira, Spezialist für die Zeitgeschichte Portugals und Dozent an der Universität Pau.

Der Erfolg von Chega hatte in der politischen Landschaft Portugals die Wirkung eines Erdbebens. Die rechtsextreme Partei startete im Jahr 2019 mit einem einzelnen Abgeordneten. Bei den vorgezogenen Parlamentswahlen 2025 waren es bereits 60. André Venturas Verherrlichung der Figur Salazars zielt einerseits darauf ab, zu provozieren und so in die Medien zu kommen. Gleichzeitig schmeichelt er damit der alten Garde aus der damaligen Zeit. Für seine junge Wählerschaft scheint dies kein Problem zu sein, zumal diese die Herrschaft Salazars nicht selbst erlebte. Die Portugies\*innen, die damals erwachsen waren, sind heute mindestens 70 Jahre alt. «Die Mehrheit dieser Generation wählt die sozialistische oder die sozialdemokratische Partei, die die Demokratie gegründet haben», sagt Victor Pereira.

Mauro Bento ist Mitglied der Associação 25 de Abril mit Sitz in Genf, die sich der Erinnerung an die Nelken-Revolution von

**Mit dem Slogan «Portugal braucht eine Reinigung»** spielte

André Ventura auf das Bild eines von Korruption und Immigration «verunreinigten» Landes an.

1974 verschrieben hat, während der Salazar gestürzt wurde. Er stellt fest, dass der Anteil der Bevölkerung tendenziell abnimmt, der sich über Chega empört. «Viele Menschen sind frustriert, weil sie nicht vom Wirtschaftswachstum profitieren. Sie machen dafür die Regierungsparteien verantwortlich. Für viele ist Venturas Sicht vom Salazarismus etwas Neues, man sieht darin sogar Ansätze für eine Reform», sagt Mauro Bento.

**Wende zum Revisionismus** | Bereits 2019 spielte Chega mit der Wahlparole «Gott, Vaterland, Familie und Arbeit» auf das ehemalige Motto Salazars an. Danach traten Verweise auf den Estado Novo nur noch vereinzelt auf – in der offiziellen Kommunikation der Partei fehlen sie wohl aus strategischen Gründen gänzlich. Denn der Grossteil der Portugies\*innen betrachtet den Salazarismus weiterhin als Diktatur. André Ventura war sich damals bewusst, dass er sich mit seiner Verherrlichung auf heikles Terrain begab.

Die Parlamentsrede vom letzten Oktober bedeutete somit eine Wende des in Portugal Sagbaren. Am 10. November veröffentlichte Ossanda Liber, Vorsitzende der rechtskonservativen Bewegung Nova Direita, ein merkwürdiges Video auf Instagram. Darin beklagt sie, dass Netflix keine Dokumentarfilme über Salazar produziert, während es solche über Benito Mussolini, Adolf Hitler oder Francisco Franco gebe. «Wenn ich die Macht hätte, würde ich Mittel für Produktionen bereitstellen, die unsere Geschichte ehrlich erzählen, damit die jungen Menschen dieses Landes und der ganzen Welt die Grösse Portugals kennenlernen können», sagt sie.

Der Chega-Parlamentarier Antonio Pinto Pereira teilte das Video und beklagte ebenfalls, dass «die historische Grösse Portugals verschwiegen» würde und nur die schlechten Zeiten in Erinnerung behalten würden. Mit der «Grösse Portugals» ist das portugiesische Kolonialreich gemeint, das nach der Revolution unterging. Vor allem aber wird von den Chegist\*innen die Figur des «unbestechlichen Salazar» hervorgehoben, wie die Äusserungen von André Ventura im Parlament zeigen. Dies, um den Kampf der Partei gegen die Korruption zu betonen, den sich Chega auf die Fahne geschrieben hat, ebenso wie den Kampf gegen die Einwanderung und für mehr «Ordnung auf den Strassen».

Tatsächlich haben in den letzten Jahren mehrere Politikskandale Portugal erschüttert. Premierminister Antonio Costa musste 2023 zurücktreten, und sein Vorgänger José Sócrates ist seit 2014 in Gerichtsverfahren verwickelt. André Ventura nutzte diese Ereignisse, um sein Parteiprogramm populärer zu machen. «Ventura versucht, die Vorstellung zu verbreiten,

dass die Eliten der beiden Parteien, die sich die Macht teilen, von Korruption durchdrungen sind. Er vergisst dabei, dass heute in der Demokratie Korruptionsfälle dank der Unabhängigkeit der Justiz und der Pressefreiheit leichter an die Öffentlichkeit gelangen», sagt der Historiker Victor Pereira. «Gleichzeitig verschweigt Ventura, dass Salazar nie versucht hat, das Land weniger korrupt zu machen. Im Gegenteil: Das System der Diktatur funktionierte auf der Grundlage von Korruption.»

Dennoch stösst die Strategie von Chega auf Anklang. So etwa beim 40-jährigen Francesco, der seit einigen Jahren in Grossbritannien lebt: «Ich sage nicht, dass die Zeit unter Salazar besser war. Doch die Finanzen und die Minister wurden damals viel besser kontrolliert.» Er ist wie andere seines Alters überzeugt, dass Portugal einen starken Staatschef braucht, der in der Lage ist, «Ordnung zu schaffen».

**Angriff auf die Demokratie?** | Chega-Chef André Ventura macht keinen Hehl aus seiner Ablehnung der Nelken-Revolution, die zur Demokratisierung Portugals und zum Ende der Kolonialherrschaft führte. Seine wiederholten Angriffe auf den damaligen Militärputsch, der Salazars System stürzte, zeigen Wirkung. Mauro Bento sagt: «Man hört Leute darüber diskutieren, ob der «Tag der Freiheit» vom 25. April ein Feiertag bleiben soll. Das war vor kurzem noch undenkbar.»

André Ventura geht sogar so weit, die Abschaffung der aus der Nelkenrevolution hervorgegangenen Verfassung zu propagieren. «Ich glaube, dass der Hass auf die Revolution eine echte Triebfeder seines Denkens ist und dass er versucht, den Konsens nach 1974 zu destabilisieren, der die Kolonialisierung verurteilt und auf einen starken Sozialstaat setzt», analysiert Gabriel Capela, ein schweizerisch-portugiesischer Journalist.

Ob der Abgeordnete Ventura mit der Frage nach einer neuen Verfassung das Ziel verfolgt, die portugiesische Demokratie abzuschaffen und zu einem autoritäreren Regime überzugehen, lässt sich derzeit nicht sagen. Denn Ventura beherrscht die Kunst der Zweideutigkeit meisterhaft. Vor einigen Jahren kritisierte er die wirtschaftliche Bilanz Salazars, meinte dann aber: «Wir brauchen nicht an jeder Strassenecke einen Salazar, aber wir brauchen an jeder Strassenecke einen André Ventura.»

Einerseits distanziert er sich also von Salazar, beschwört aber gleichzeitig dessen Mythos des rettenden Anführers, der Ordnung und der Sehnsucht nach verlorener Grösse. «Er spielt gerne mit diesen Codes und so verschiebt sich das, was öffentlich gesagt werden kann. Damit führt er einen Kulturkrieg um die Aufarbeitung der 48-jährigen Salazar-Diktatur», warnt Gabriel Capela. Der Stimmenanteil von Chega wächst weiter. |

# Wie Brasilien Bolsonaros autoritärer Versuchung widerstand

**Die Absetzung des ehemaligen autokratischen Präsidenten Jair Bolsonaro war für viele Menschen in Brasilien ein Glücksmoment – doch die Gefahr ist noch nicht gebannt.** Von Sandra Weiss

Vier Jahre lang hielt der Rechtspopulist Jair Bolsonaro ganz Brasilien in Atem. Er beleidigte Journalist\*innen und Indigene, hetzte gegen Linke und gab den Amazonas zur Abholzung frei. Doch nach vier Jahren war Schluss: Bolsonaro wurde im Oktober 2022 abgewählt. Der ehemalige Präsident Brasiliens wollte das aber nicht akzeptieren: Aufgehetzte Anhänger\*innen stürmten im Januar 2023 mehrere Staatsgebäude in Brasilia, um die Amtsübernahme seines linken Nachfolgers Luiz Inácio Lula da Silva zu verhindern. Es war ein kritischer Moment. Brasiliens Demokratie stand auf der Kippe, und Erinnerungen an den Militärputsch 1964 kamen hoch.

Die Sicherheitskräfte bekamen den Tumult aber rasch unter Kontrolle, Aufrührer\*innen wurden verhaftet, und die neue Regierung leitete sofort Ermittlungen wegen eines Umsturzversuchs ein. Brasiliens Demokratie stand erneut auf der Kippe. Im Gegensatz zum Militärputsch 1964 spalteten sich die Uniformierten diesmal jedoch: Die Marine war bereit, Bolsonaros Selbstputsch zu unterstützen, Heer und Luftwaffe lehnten das Ansinnen ab.

Mittlerweile scheint die Gefahr gebannt: Ex-Präsident Bolsonaro verbüsst seit November 2025 eine 27-jährige Haftstrafe. Wenig half ihm die Unterstützung durch seinen rechten Gesinnungsgenossen, US-Präsident Donald Trump. Dieser drohte Brasilien 50 Prozent Strafzölle an, wenn nicht unter anderem die «Hexenjagd gegen Bolsonaro» eingestellt würde. Bolsonaros Sohn Eduardo hatte dafür seine Kontakte im Trump-Lager spielen lassen, doch das Männer-Netzwerk war nicht erfolgreich: Bolsonaro kam ins Gefängnis, Trump einigte sich mit Lula; die Strafzölle traten nicht in Kraft.

Sandra Weiss ist freie Lateinamerika-Korrespondentin und schreibt regelmässig für Medien wie Die Zeit oder Die Welt.

**Größere Fehleinschätzungen** | Am Skript für den autoritären Umbau lag es nicht – da benutzte Bolsonaro dieselbe Vorlage wie alle autoritären Populist\*innen. In der ersten Regierungssitzung im Januar 2019 verfügte er die Entlassung aller Staatsbediensteten mit «kommunistischen Ideen». Gleichzeitig ernannte er über 2000 Militärangehörige auf Regierungsposten und genehmigte die Veräusserung von 700 000 staatlichen Betrieben und Immobilien, angeblich um den Staatsapparat zu verschlanken, tatsächlich aber um seinen Gefolgsleuten Geschäfte zuzuschancen. Er löste Umweltbeiräte auf und schloss Frauen-Schutzeinrichtungen.

Schon bald zeigte sich, dass es Jair Bolsonaro an politischer Statur fehlte und seinem Berater\*innen-Team an strategischem Kalkül. Er eckte mit seiner aggressiven Art an – auch bei Verbündeten. Mit dem Vorsitzenden seiner Partei überwarf er sich und gründete ein eigenes Bündnis. Das war ein taktischer Fehler, der ihn eine eigene Basis im Kongress kostete. Eine gute Beziehung zum Kongress ist im brasilianischen System unverzichtbar für jeden Präsidenten.

Anders als in den USA, wo Präsidenten leicht per Dekret regieren können, braucht es dafür in Brasilien eine Prüfung durch das Oberste Gericht und die Zustimmung des Parlaments. Der brasilianische Kongress ist jedoch aufgrund des Verhältniswahlrechts stark zersplittert. Die Macht liegt beim Mitte-Rechts-Block des Centrão, dessen Angehörige ihre Stimmen entweder an Wirtschaftssektoren verkaufen oder an den jeweiligen Präsidenten – im Gegenzug für klientelistische Projekte in ihren Wahlkreisen. Präsident Bolsonaro unterschätzte den Kongress – und scheiterte deshalb mit Vorhaben wie der Rentenreform.

Brasilien hat zwei weitere Bollwerke gegen den Autoritarismus. Zum einen eine Gesellschaft, in der persönlicher Austausch und gemeinschaftliche Rituale wie Feiern oder Gottesdienste wichtig sind. Psycholog\*innen haben herausgefunden, dass dies ein wichtiges Korrektiv gegen Radikalisierung ist, während Vereinsamung vor dem Bildschirm radikale Positionen begünstigt.

Das zweite Bollwerk ist das Berufsbeamtentum. Auf Bundesebene werden tausende Posten, etwa in der Justiz, im Finanz- und Aussenministerium, in der Polizei und in Regulierungsbehörden, per Auswahlverfahren auf Lebenszeit be-



© Sebastião Moreira / EPA Keystone

In São Paulo feiern am 12. September 2025 die Menschen mit Graffiti und Ballonen die Verurteilung des ehemaligen Präsidenten Jair Bolsonaro.

setzt. Diese sehr professionellen und der Verfassung verpflichteten Funktionär\*innen blockierten immer wieder rechtswidrige Anordnungen von Bolsonaro.

**Die Pandemie als Wendepunkt** | Es war aber ein externes Ereignis, das zum Wendepunkt wurde: Der Ausbruch der Covid-Pandemie. Der Streit über das Pandemie-management (Jair Bolsonaro war gegen Lockdowns, Masken und Impfpflicht) führte zur institutionellen Staatskrise – aus der Bolsonaro ziemlich gerupft hervorging. Im April 2020 entschied das Oberste Gericht, dass Covid-19-Massnahmen nur mit Beteiligung der Gouverneur\*innen und Bürgermeister\*innen umgesetzt werden dürfen. Das entzog dem Präsidenten die alleinige Kontrolle über das Pandemie-Management. Er schäumte, beleidigte die obersten Richter\*innen und rief zu Demonstrationen gegen sie auf. Diese reagierten prompt und harsch – mit Ermittlungen gegen Bolsonaro, aber auch gegen sein Netzwerk von Unterstützer\*innen. Soziale Medien von rechten Hetzer\*innen wurden gesperrt und dabei gleich noch die Tech-Giganten wie X in die Knie gezwungen.

Zu Bolsonaros persönlicher Zielscheibe wurde der besonders unerbittliche Richter Alexandre de Moraes. Die Personalisierung war ein Versuch, Moraes zu zermürben, zum Rücktritt zu zwingen und ein Exempel zu statuieren. Doch er hatte sich den Falschen ausgesucht. Der unerschrockene Moraes ging zum Gegenangriff über. Er avancierte so zur Galionsfigur der Kritiker\*innen. Sogar linke Medien feierten den konservativen Richter als Verteidiger der Demokratie. Der Konflikt und die über 700.000 Toten während der Pandemie kosteten Präsident Bolsonaro Rückhalt und belebten die Opposition.

**Kritische Medien und die Rückkehr Lulas** | Behilflich bei der Entzauberung waren kritische Medien. Auch die bürgerliche Elite war offenbar zum Schluss gekom-

men, dass Bolsonaro dem Land und ihren Interessen schadete. So deckten die grossen bürgerlichen Medienhäuser Folha de S. Paulo und O Globo Korruptionsskandale auf, die Bolsonaros Ansehen als Korruptionsbekämpfer schadeten. Insbesondere, dass er luxuriöse Staatsgeschenke der Golfstaaten zur privaten Bereicherung verhökert hatte, beschädigte seine Glaubwürdigkeit im moralisch strikten evangelikalen Milieu.

Einen Schlüsselbeitrag leistete das Portal Intercept Brasil. Es veröffentlichte geheime Chats, die den Justizminister als befangen diskreditierten und letztlich zur Aufhebung des Urteils gegen den linken Expräsidenten Luiz Inácio Lula da Silva führten. Dieser kam nach eineinhalb Jahren Haft Ende 2019 frei. Die linke Arbeiterpartei (PT) hatte damit ihren beliebten historischen Anführer wieder. Sein Image war zwar durch Korruptionsverdacht angekratzt, doch letztlich schuf Lulas Rückkehr auf die politische Bühne ein Momentum, das der Hass-Kampagne Bolsonaros ein positives Narrativ vom inklusiven Brasilien entgegensetzte.

**Gefahr ist nicht gebannt** | Es war eine ganz besondere «brasilianische Mischung» von Faktoren und Umständen, die der Demokratie zum Sieg verhalfen. Gebannt ist die Gefahr aber keineswegs. Der brasilianischen Linken ist es weder gelungen, sich programmatisch zu modernisieren, noch, einen Nachfolger für Lula aufzubauen, der deshalb 2026 erneut zur Wiederwahl antreten wird – mit fast 80 Jahren. Die Gesellschaft ist zwar nicht mehr so polarisiert wie 2018, aber der Bolsonarismus hat eine Kernwählerschaft von knapp 30 Prozent und einen Rechtsruck in der politischen und gesellschaftlichen Realität bewirkt. Wie sich diese neue Rechte in Brasilien entwickelt, muss sich zeigen. Ihr Präsidentschaftskandidat, dessen Name noch nicht feststeht, wird dabei eine wichtige Rolle spielen. |



## Strassen voller Blut

Im Januar gingen die Menschen im Iran einmal mehr auf die Strasse. Und einmal mehr schlug die Regierung mit massivster Gewalt zurück. Das Fazit: Tausende Tote, Massenverhaftungen, Hinrichtungsdrohungen. Was bedeutet das für die Zukunft der Islamischen Republik? Von Natalie Wenger

«Die Mullahs müssen weg», «Gerechtigkeit für Iran», «Frau, Leben, Freiheit»: Ab Anfang Dezember hallten diese Rufe durch die Strassen zahlreicher Städte im Iran. Und wieder bezahlten Tausende Menschen wie bei früheren Protesten ihren Einsatz für die Menschenrechte, mehr Freiheiten und die Zukunft ihres Landes mit dem Leben. Die Gewalt, mit der die iranischen Behörden gegen die Demonstrant\*innen vorgingen, war beispiellos. Protestierende wurden von den iranischen Sicherheitskräften mit gezielten Schüssen in den Kopf und die Halsschlagader niedergestreckt. Tausende Teilnehmer\*innen wurden festgenommen. Hunderten droht die Hinrichtung.

Die Angst vor einem Massaker an der iranischen Bevölkerung stieg, trotzdem hielten die Proteste auch Anfang Januar an. Doch dann wurde alles schwarz.

**Ein Kampf ums Überleben** | Es war nur eine Frage der Zeit, bis erneut Massenproteste gegen die iranische Führung ausbrechen würden. Bereits Anfang Dezember streikten tausende Arbeiter\*innen aus der Öl- und Gasindustrie. Student\*innen fing an, sich an den Universitäten auf eine erneute Protestwelle vorzubereiten. Letztendlich waren es aber diesmal nicht die Student\*innen, die die Proteste anführten, sondern die Bazaaris. Die Händler\*innen der traditionellen Basare hatten lange als Unterstützer\*innen der iranischen Regierung und des Obersten Religionsführers, Ali Khamenei, gegolten. Sie hatten eine entscheidende Rolle in der Islamischen Revolution von 1979 gespielt, bei der Mohammad Reza Schah Pahlavi gestürzt wurde. In den folgenden Jahrzehnten blieben sie mit den konservativen Eliten verbunden.

Doch mit dieser historischen Loyalität war jetzt Schluss. Die steigende Inflation, anhaltende Sanktionen und chronisches Missmanagement haben die wirtschaftliche Stellung des Basars – und

somit eine treue Basis der konservativen Regierung – in Mitleidenschaft gezogen.

Der Protest begann am 28. Dezember, als in Teheran rund 100 Bazaaris ihre Läden schlossen. Auslöser war die wirtschaftliche Misere: Der iranische Rial befand sich im freien Fall, die Inflation stieg in Rekordhöhe. Im Basar brach Unruhe aus: Aufgrund des rasanten Währungszersfalls konnten die Preise für Lebensmittel und andere Güter nicht mehr festgelegt werden, lebenswichtige Güter wurden unbezahlbar. Das Vertrauen in die Regierung sank bei den Bazaaris wie der Wert des Rial ins Bodenlose.

Der Iran befand sich schon seit Monaten in einer Wirtschaftskrise von gewaltigem Ausmass: Die durch internationale Sanktionen angetriebene hohe Inflation macht selbst alltägliche Einkäufe zur Tortur. Die Armut breitet sich aus – mehr als 40 Prozent der Iraner\*innen leben Schätzungen zufolge unter der Armutsgrenze. Zunehmend mehr Iraner\*innen mussten schauen, dass sie etwas zu essen auf den Tisch bekamen. Dass sie sich den Protesten der Händler\*innen anschlossen, hat daher nicht nur mit dem Wunsch nach politischem Wandel zu tun – es ist schlicht ein Kampf ums Überleben.

Nachdem mit dem Streik der Händler\*innen der erste Funke entfacht war, breiteten sich die Proteste innert Kürze auf verschiedenste Städte im Iran aus, auch in abgelegenen Regionen des Landes gingen die Menschen plötzlich zu Tausenden auf die Strasse. Sie demonstrierten gegen die sinkenden Lebensstandards, gegen die anhaltenden Stromausfälle und die Wasserknappheit – und bald auch für eine Absetzung von Ali Khamenei.

Im Gegensatz zu den Protesten «Frau, Leben, Freiheit» ab September 2022, welche vorwiegend von Frauen und Studierenden getragen wurden, waren die Teilnehmer\*innen diesmal deutlich durchmischer. Der Iran-Experte und Amnesty-Campaignerin Nassim Papayanni zufolge waren nun deutlich mehr

**Kopfschuss und Internetsperre:** Überall auf der Welt gehen Menschen in Solidarität mit den Iraner\*innen auf die Strasse und fordern ein Ende der Gewalt, hier etwa in Düsseldorf.

junge Männer an den Protesten dabei. «Die Repression der Regierung und die damit verbundenen Sanktionen in den vergangenen Jahren haben Auswirkungen auf das Leben aller Iraner\*innen. Junge Männer leiden besonders unter der Wirtschaftskrise. Viele sehen im Gang auf die Strasse ihre letzte Handlungsoption.»

Auch konzentrierte sich die Massmobilisierung längst nicht nur auf Teheran. Im Gegenteil: Anfang Januar 2026 demonstrierten Menschen in über hundert Städten für den Schutz der Menschenrechte und ein Ende der Diktatur.

### Schrecken und Solidarität |

Während sich die Regierung anfangs noch versöhnlich zeigte – wohl auch um die Bazaaris zu beschäftigen – schlug diese Taktik schnell um. Am 8. Januar schaltete die iranische Regierung das Internet aus, Sicherheitskräfte erhielten Schussfreigabe. Der Iran versank in Dunkelheit.

Was dann geschah, lässt sich nur schwer rekonstruieren: Amnesty International analysierte so rasch als möglich Hunderte Videos und Bilder, die trotz der Internet-Abschaltung aus dem Iran drangen. Die Beweise zeigten ein kaum je gesehenes Ausmass der Gewalt. Sicherheitskräfte schossen mit Gewehren und Schrotflinten gezielt auf Kopf und Oberkörper von zumeist unbewaffneten Demonstrant\*innen. Die Strassen waren voller Blut. Die Sonderberichterstatterin der Uno für die Menschenrechtssituation im Iran, Mai Sato, sagte Ende Januar gegenüber den Medien, dass von rund 20 000 Toten auszugehen sei. Spitäler waren mit Verletzten überlastet, während verzweifelte Familien in überfüllten Leichenhallen nach ihren vermissten Angehörigen suchten und mit ansehen mussten, wie Leichen in Pick-ups, Frachtcontainern oder Lagerhäusern gestapelt wurden. Tausende Personen wur-

den verhaftet, vielen von ihnen droht die Todesstrafe.

«Es vergeht kaum ein Tag, an dem ich nicht vom Tod eines Bekannten höre. Fast jede Nacht weine ich über einen weiteren Verlust», sagt Ben<sup>1</sup>, ein Student aus dem Iran, mit dem ich seit einiger Zeit in Kontakt bin. Ende Januar ist es ihm gelungen, mich trotz der andauernden Internetsperre zu kontaktieren. Er berichtet von der anhaltenden Gewalt – aber auch von der steigenden Solidarität in der Bevölkerung. «Ich habe noch nie eine solche Einigkeit unter den Iraner\*innen gesehen. Es scheint, dass ein gemeinsamer Feind die Menschen wahrhaftig vereinen kann. Die Menschen sind freundlicher, einfühlsamer. Früher habe ich in der U-Bahn häufig Streitigkeiten und Konflikte beobachtet, aber in den letzten Wochen sind die Menschen so geduldig und respektvoll miteinander umgegangen, dass es kaum zu glauben ist, dass es sich um dieselben Leute handelt.» Auch das medizinische Personal in Spitälern zeigte sich solidarisch mit den Verletzten und ihren Angehörigen. Kliniken boten laut Augenzeug\*innen kostenlose medizinische Versorgung an – ohne Fragen zu stellen.

Die Proteste haben mittlerweile grösstenteils aufgehört (Stand Anfang Februar, Anm. der Redaktion). Die Regierung scheint die Kontrolle zurückerlangt zu haben. Wie es weitergeht, ist derzeit offen.

Klar ist: Die Missstände, die die Unruhen ausgelöst haben, bleiben bestehen. Genauso die Abneigung der Bevölkerung gegen die Führung. Die Gruppe der

Iraner\*innen, die einen Systemwechsel fordern, wird immer grösser. Die Optionen der iranischen Regierung sind hingegen limitiert: Die Wirtschaftslage ist prekär, das Netzwerk von regionalen Verbündeten im Libanon, im Jemen oder im Irak ist geschwächt. Zudem ist ein Angriff durch die USA oder Israel weiterhin nicht völlig ausgeschlossen. Der Iran muss also entweder harte Kompromisse eingehen, um eine Lockerung der Sanktionen zu erreichen und die Wirtschaft zu sanieren, oder sich auf weitere Unruhen einstellen.

### Gefahr sogar in der Schweiz |

Dieser Zwickmühle ist sich die iranische Führung durchaus bewusst. Trotzdem zeichnet sich im Moment nicht ab, dass Ali Khamenei, das geistliche und politische Oberhaupt im Iran, einlenkt. Im Gegenteil. Seine Regierung geht längst nicht mehr nur im Iran auf Kritiker\*innen los – ihre Arme reichen gar bis in die Schweiz. Ein iranischer Aktivist, der nach den Protesten «Frau, Leben, Freiheit» in die Schweiz flüchtete, hat Ende Januar eine Todesdrohung erhalten – auch aufgrund seines Aktivismus, den er von der Schweiz aus weiterführte. Die Schweiz sollte das alarmieren, denn der Iran schreckt nicht davor zurück, unliebsame Kritiker\*innen auch im Ausland mittels krimineller Netzwerke zu eliminieren. Gemeinsam mit anderen Uno-Mitgliedstaaten sollte sie sich aktiv dafür einsetzen, dass die Gräueltaten aufgedeckt werden – und die Verantwortlichen ein für alle Mal hinter Gitter kommen. |

«Es vergeht kaum ein Tag, an dem ich nicht vom Tod eines Bekannten höre. Fast jede Nacht weine ich über einen weiteren Verlust.»

Ben<sup>1</sup>, Student aus dem Iran

<sup>1</sup> Name geändert



50 Millionen US-Dollar für die Ergreifung von Nicolás Maduro: In Lima wurde mit diesem Plakat gegen den venezolanischen Präsidenten protestiert.

## Nicht nur eitel Freude

Bei der venezolanischen Diaspora in Peru löst die Festnahme des venezolanischen Präsidenten Nicolás Maduro Erleichterung aus. Aber auch Unsicherheit und Angst. Von Yohan Châble und Izia Rouviller

An der Strandpromenade von Barranco awacht die 46-jährige Yelitza Véliz aufmerksam über den Stand ihrer Tochter, an dem frittierte Tintenfische verkauft werden. Um sie herum sind ihre Schwester Yury und ihr Neffe Daniel damit beschäftigt, die Schlange von Kund\*innen zu bedienen. Das Öl zischt, die Plastikschaalen werden gereicht. An diesem sonnigen Novembernachmittag ist ihre Ceviche nach venezolanischer Art ein voller Erfolg. Die kleine Familie aus Venezuela lebt bereits seit acht Jahren in der peruanischen Hauptstadt Lima. «Hier überleben wir. Dort wären wir gestorben», sagt Yelitza Véliz.

Wie Yelitza sind fast acht Millionen Menschen vor der politischen und wirtschaftlichen Instabilität geflohen, unter der Venezuela seit mehr als einem Jahr-

zehnt leidet. Das Land befindet sich in einer vielschichtigen Krise, verursacht durch die autoritäre Regierungsführung unter dem Präsidenten Hugo Chávez und seinem Nachfolger Nicolás Maduro, durch wiederholte Einmischungen und Druck aus dem Ausland sowie dem Zerfall der Ölpreise auf den internationalen Märkten. Seit 2013 und dem Amtsantritt von Nicolás Maduro ist die Erdölförderung, von der die nationale Wirtschaft abhängt, aufgrund von Misswirtschaft, mangelnden Investitionen und internationalen Sanktionen, insbesondere durch die USA, zusammengebrochen. Dies hat zu einer Verschärfung der Versorgungsengpässe, einer Hyperinflation und einer Verschlechterung der Lebensbedingungen der Bevölkerung geführt.

Mehr als eine Million Venezolaner\*innen haben in Lima Zuflucht gefunden. Perus Hauptstadt wurde so zur wichtigsten Aufnahmestadt für Venezolaner\*innen im Exil. «Mit Maduro an der Macht haben wir keine Hoffnung auf eine Verbesserung. Die Situation ist so schlimm, dass ich mir mittlerweile wünsche, die Vereinigten Staaten würden eingreifen, um ihn zu stürzen», sagte Yelitza noch im vergangenen November. Zwei Monate später schritt US-Präsident Donald Trump zur Tat.

In der Nacht vom 2. auf den 3. Januar 2026 bombardierten US-Streitkräfte eine Reihe militärischer Ziele in der Hauptstadt Caracas und nahmen Nicolás Maduro und seine Frau fest. Das Paar wurde nach New York gebracht, wo es sich vor einem Bundesgericht wegen Drogenhandels und Drogenterrorismus verantworten soll. Die US-Behörden kündigten an, dass sie Venezuela bis zu einem demokratischen Übergang «führen» und die Kontrolle über die riesigen Ölreserven übernehmen würden. Um diese Operation zu legitimieren, griff Donald Trump auf die Monroe-Doktrin zurück, die von den USA regelmässig her-



© Yohann Chabbe

**Hartes Leben in Peru:** Yelitza's Stand bringt kaum genug zum Überleben ein.

angezogen wird, um ihre Einmischung in Lateinamerika zu rechtfertigen. Dieser mehr als 200 Jahre alte politische Grundsatz der US-amerikanischen Politik betrachtet den Subkontinent als Einflusszone Washingtons, wobei jede Einmischung externer Mächte als Bedrohung angesehen wird. Für viele Analyst\*innen besteht das Ziel der Doktrin darin, den Einfluss von anderen Staaten (wie aktuell Russland, China oder Iran) zu begrenzen und gleichzeitig die Kontrolle über die Ölvorkommen zurückzugewinnen.

Weltweit feierten Tausende Menschen aus der Diaspora die Nachricht über Nicolás Maduros Festnahme. In Lima nahm Yelitza Véliz die Neuigkeiten mit gemischten Gefühlen auf. «Ich hatte Freude, aber auch Angst um meine Landsleute in Venezuela, die in grosser Unsicherheit leben», sagt Yelitza. «Solange die Maduro nahestehenden Politiker\*innen im Amt bleiben, sehen sie keine wirkliche Veränderung.» Bereits am 4. Januar, einen Tag nach Maduros Festnahme, vermeldete der Oberste Gerichtshof Venezuelas, dass er die Interimspräsidentschaft an Delcy Rodríguez, Vizepräsidentin und Vertraute des ehemaligen Staatschefs, übertragen habe.

**Besser als zu Hause** | Peru, lange Zeit als Transitland für Migrant\*innen angesehen, ist heute ein wichtiger Ankerpunkt für Venezolaner\*innen in der Diaspora, vor allem seit der Einführung einer befristeten Aufenthaltsgenehmi-

gung im Jahr 2017. Die informelle Wirtschaft ist in Peru sehr ausgeprägt – laut OECD arbeiten rund 70 Prozent der Erwerbstätigen in der Schattenwirtschaft. Das erleichtert zwar den schnellen Zugang zu einer Arbeitsstelle, dies aber meist zu prekären Arbeitsbedingungen.

Yelitza Véliz verkauft Popcorn auf der Strasse, ihre Schwester Mützen. Oft reichen Yelitza's Einnahmen nicht für die monatliche Miete von 1300 peruanischen Soles – rund 300 Schweizer Franken. «Wir leihen uns Geld von peruanischen Freund\*innen, um über die Runden zu kommen», sagt sie. «Das Leben ist hart, aber es ist immer noch besser als zu Hause.»

Auch Maholy Sánchez weiss, was das tägliche Überleben kostet. Jahrelang engagierte sie sich gegen Nicolás Maduro und ging trotz der Repressionen auf die Strasse. Auch ihr Ex-Mann, ein Soldat, beteiligte sich an den Protesten von La Resistencia, einer Bewegung junger Demonstrant\*innen, die vom Regime immer wieder kriminalisiert wird. Ein hoher Offizier warnte Maholy Sánchez, dass ein Haftbefehl gegen sie erlassen werden könnte. «Wir liefen Gefahr, des Verrats angeklagt zu werden, was in Venezuela mit dreissig Jahren Haft geahndet wird», erinnert sich die 35-jährige Kriminologin. Im Dezember 2017 hatte das Paar keine Wahl mehr. Maholy und ihr damaliger Mann packten in aller Eile ihre Koffer und flohen unter dem Schutz der Nacht mit neun weiteren Familienmitgliedern aus dem Land.

**Nicht der richtige Weg** | Nach sieben anstrengenden Tagen durch Kolumbien und Ecuador erreichten sie Peru. Maholy Sánchez wird die Einzige aus der Gruppe sein, die sich dort dauerhaft niederlassen kann. «Aufgrund fehlender beruflicher Perspektiven mussten die anderen nach Europa weiterziehen», erzählt sie. Seit 2019 arbeitet sie für die Vereinigung VeneActiva, die Neuankömmlingen bei der Legalisierung ihres Status, der wirtschaftlichen Integration und mit psychologischer Unterstützung hilft. Im vergangenen November sprachen wir mit Maholy Sánchez über die Möglichkeit einer Intervention durch die USA. Sie zeigte sich schon damals kritisch: «Eine Invasion würde die Souveränität Venezuelas verletzen. Das ist nicht der richtige Weg, um eine Regierung zu stürzen, auch wenn diese nicht demokratisch ist.»

Nach der Festnahme Nicolás Maduros konnten wir mit Kolleg\*innen von Maholy Sanchez bei VeneActiva sprechen. Andreina Olivares verurteilt das Vorgehen der USA. «Ich erwarte von den USA, dass sie sich ohne weitere Gewalt zurückziehen», sagt die Geschäftsleiterin des Vereins. Kollege Paulo Méndez wünscht sich einen Prozess der Versöhnung zwischen den Bürger\*innen. Der ehemalige Mitarbeiter der venezolanischen Nationalversammlung sass 2020 aufgrund der Covid-19-Pandemie in Peru fest. Als er Asyl erhielt, wurde er in Venezuela zur Persona non grata. Seitdem arbeitet der 41-Jährige bei VeneActiva. «Ich hoffe, dass die regierungsnahen Fraktionen in Caracas verstehen, dass die Zeit des Totalitarismus vorbei ist. Jetzt muss die verfassungsmässige Ordnung wiederhergestellt werden und die Diaspora muss zurückkehren können», sagt er. Dann vertraut er uns mit ernster Stimme an: «Wir alle möchten zurückkehren. Aber ich habe Angst. Angst, in meinem eigenen Land zu einem Fremden geworden zu sein.» |

# Sie gibt dem Grauen ein Gesicht

Die philippinische Journalistin Patricia Evangelista recherchierte zum «Krieg gegen die Drogen», den Ex-Präsident Rodrigo Duterte bis 2022 führte. In ihrem Buch beschreibt sie unbeschönigt dessen brutalen Folgen. Ein Porträt von Annette Hug

Vor einem deutschen Publikum an der Frankfurter Buchmesse wirkt Patricia Evangelista zunächst cool. Doch dann dringt ihre Wut durch und es wird die Verletzlichkeit hinter der öffentlichen Person spürbar. Der «Krieg gegen Drogen» des ehemaligen philippinischen Präsidenten Rodrigo Duterte forderte tausende Todesopfer. Viele Personen, die angeblich Drogendelikte begangen hatten, wurden ohne Festnahme, Anklage oder Verurteilung regelrecht hingerichtet. Für all jene, deren Namen während der Mordkampagne hinter Zahlen verschwanden, hat Evangelista nun ein Buch geschrieben.

Die heute 40-jährige Patricia Evangelista hat sich bereits mit summarischen Hinrichtungen befasst, als noch Gloria Macapagal-Arroyo philippinische Präsidentin war (2001–2010). Die Journalistin wollte damals wissen, wie unter einer demokratisch gewählten, liberalen Präsidentin Praktiken fort dauern konnten, wie sie aus der Zeit der Diktatur unter Ferdinand Marcos Senior (1972 bis 1986) bekannt waren. Unter «wissen wollen» verstand sie: Hingehen und Fakten erhärten.

Normalerweise wurden und werden bei Morden in den Philippinen Fragen nach der Zugehörigkeit gestellt: Welcher politischen Bewegung gehört die getötete Person an? Geht es um einen Konflikt

zwischen Familienclans? Doch Evangelistas Haltung war radikal anders: Sie ging im Schreiben über Morde davon aus, dass alle Menschen gleich sind. Sie müssen nicht besonders engagiert, nicht einmal besonders unschuldig gewesen sein: Vergehen müssen ordentlich untersucht und vor Gericht beurteilt werden. Und sie ist überzeugt: Die Polizei darf niemanden hinrichten.

Vom Juli 2016 bis Juni 2022 dauerte die Amtszeit von Rodrigo Duterte und damit dessen «Krieg gegen die Drogen». Über ihre nächtliche Tätigkeit als Reporterin während dieser Zeit schreibt Patricia Evangelista in «Some People Need Killing. Eine Geschichte der Morde in meinem Land». Es erzählt den Verlauf der Mordkampagne unter Präsident Duterte entlang markanter Ereignisse und durch Gespräche mit Angehörigen von Erschossenen, mit Polizisten und Milizionären, mit Fotograf\*innen, aber auch mit begeisterten Duterte-Wähler\*innen. Seit 2025 liegt das teilweise in den USA geschriebene Buch auf Deutsch vor.

Das Buch bezieht seine Stärke aus den ehrlichen und beständigen Beziehungen mit den Menschen vor Ort, über die Evangelista schreibt. An der Frankfurter Buchmesse sprach Evangelista auf mehreren Podien. Wenn sie dabei ihren eigenen Text zur Seite legte und stattdessen Zeugnisse von erschossenen Journalist\*innen aus Gaza vorlas, hatte sie das Publikum auf ihrer Seite. Aus ei-

gener schmerzhafter Erfahrung wurde sie zur Expertin dafür, wie Gewaltregime die Pressefreiheit unterdrücken – im Extremfall gar durch Tötung von Reporter\*innen.

## Erleichterung für Überlebende |

Am 14. März 2025 sass der ehemalige Präsident Rodrigo Duterte in Den Haag im Gefängnis und beantwortete über eine Videoverbindung Fragen des Gerichts. Zwei Tage zuvor war er von philippinischen Behörden verhaftet und dem Internationalen Strafgerichtshof ICC überstellt worden. Der Häftling wirkte geschwächt, fast schon erbärmlich. Seither verzögert seine Verteidigung das Verfahren mit Hinweisen auf

## Unter «wissen wollen» verstand sie: Hingehen und Fakten erhärten.

die gesundheitliche Verfassung des Achtzigjährigen.

Nur schon die erste kurze Anhörung – live übertragen – war eine Erleichterung für die Überlebenden von Dutertes Politik: Dieser inzwischen alte Mann entscheidet nicht mehr über Leben und Tod seiner Untertanen. Seine Taten werden nun von drei Richterinnen aus Benin, Mexiko und Rumänien am ICC beurteilt – einem der Orte auf dieser Welt, wo Menschenrechtsverletzungen noch eingeklagt werden können.

Vor Gericht fällt sein selbstgebauter Mythos, ein Rächer der Gerechten zu sein, in sich zusammen. Im Prozess,

Annette Hug ist Autorin in Zürich. Seit 2017 berichtet sie in Reportagen über die Situation in den Philippinen und übersetzt philippinische Literatur von Filipino (Tagalog) ins Deutsche.



© dts/mago

An der Frankfurter Buchmesse sprach Patricia Evangelista nicht nur über ihr Buch und den «Krieg gegen Drogen». Sie solidarisierte sich auch mit Journalist\*innen in anderen Konflikten.

der ihm bevorsteht, soll anhand ausgewählter Fälle untersucht werden, ob und wie der Präsident über die philippinische Nationalpolizei PNP und beauftragte Bürgerwehren bzw. Todesschwadronen angebliche Drogensüchtige und -händler\*innen töten liess. Fatou Bensouda, die Chefanklägerin des ICC, geht von 12 000 bis 20 000 Tötungen aus.

In ihrem Buch zeigt Patricia Evangelista auf, wie Duterte die Zahlen zum Ausmass der Drogenkrise wiederholt manipulierte. So behauptete Präsident Duterte bei Amtsantritt, im Land gäbe es über drei Millionen Drogenkonsument\*innen. Regierungseigene Studien waren nur auf die Hälfte gekommen. Ein Beamter, der den Widerspruch kommentierte, wurde des Amtes enthoben. Schliesslich erklärte die Drogenbekämpfungsbehörde, ihre Schätzung beruhe auf öffentlich zugänglichen Zahlen der Vereinten Nationen. Sie hatten also eine internationale Durchschnittszahl auf die

Philippinen heruntergerechnet, das ergab 3,4 Millionen. Aus dieser Zahl berechnete die Polizei dann eine Quote für einzelne Gemeinden. Polizeibehörden wurden daran gemessen, ob die Zahlen der Geständigen und Verdächtigen in ihrem Bereich den Vorgaben entsprachen. Ein autoritärer Präsident, der über Menschenrechte und religiöse Vorschriften lästerte, alles Bürokratische verabscheute und sich nur auf seinen Instinkt und eine höhere, göttliche Gerechtigkeit berief, hatte so eine krude Bürokratie des Tötens geschaffen.

**Es ist erst ein Anfang** | Patricia Evangelista sorgt dafür, dass der Impuls zum Wegschauen nicht siegt. Die Frauen und Männer, die in ihrem Buch zu Wort kommen, machen deutlich, wie Einverständnis und Mitläufertum zustande kommen und was zu erreichen ist, wenn sich einzelne Zeug\*innen, Whistleblower\*innen aus bewaff-

neten Gruppen, Influencer\*innen, Ärzt\*innen und Anwältinnen dem allgemeinen Trend widersetzen. Wenn sie auf Fakten bestehen, obwohl sie damit ihr Leben aufs Spiel setzen, werden empfindliche Medienberichte und juristische Schritte gegen eine Tötungsmaschinerie möglich. Ihre Namen und Geschichten stehen für die Vision, dass das Recht auf Leben über jedem «höheren Zweck» steht.

2022 wurde Ferdinand Marcos Junior zum Präsidenten gewählt. Die sozial-liberale Opposition unterlag deutlich. Nachdem ein anfänglicher Pakt von Präsident Marcos Junior mit dem Duterte-Clan zerbrach, hat er Rodrigo Duterte nach Den Haag ausliefern lassen. Die polizeilichen Tötungen in Zusammenhang mit Drogendelikten sind zurückgegangen. Morde, auch an politischen Aktivist\*innen, gehen aber weiter. Die Kontinuität der Straflosigkeit ist nicht gebrochen.

Evangelistas Buch macht deutlich, dass der Prozess gegen Rodrigo Duterte erst ein Anfang ist. Wie die philippinische Gesellschaft später damit zurecht kommt, dass Listen von Zu-Tötenden durch örtliche Nachbarschafts-Komitees erstellt wurden und Denunziationen eine grosse Rolle spielten, steht auf einem anderen Blatt.



Patricia Evangelista  
**Some People Need Killing**  
Eine Geschichte der Morde  
in meinem Land.  
Aus dem Englischen von  
Zoë Beck.  
Hamburg, 2025,  
CulturBooks. 367 S.

# Kampf um freies Wissen

In den USA werden immer mehr Bücher verboten. Wir sprachen mit der Regisseurin Kim A. Snyder über ihren Film «The Librarians», der Schulbibliothekar\*innen in ihrem Kampf gegen die Buchzensur begleitet. Interview von Jean-Marie Banderet

Der Film erinnert zwangsläufig an den dystopischen Klassiker «Fahrenheit 451» von Ray Bradbury aus dem Jahr 1953, in welchem Bücher verbrannt werden, um die Gesellschaft zu kontrollieren: Heute werden in den USA immer mehr Bücher aus Bibliotheken verbannt, weil es in ihnen um Themen wie Diversität und Inklusion geht. Eine Gruppe von Schulbibliothekar\*innen, die in Texas, Louisiana, Florida, New Jersey und anderen Bundesstaaten den freien Zugang zu Wissen für Kinder und Jugendliche sichern möchten, steht im Mittelpunkt des Dokumentarfilms «The Librarians» der amerikanischen Regisseurin Kim A. Snyder.

**AMNESTY: Wie kamen Sie darauf, einen Film über die Bibliothekar\*innen zu drehen?**



**Kim A. Snyder:** Ich sah einen Bericht über einen Senator aus Texas, Matt Krause, der eine Liste von 850 Büchern veröffentlicht hatte, die die Schulbibliotheken aus ihren Regalen entfernen sollten. Die meisten dieser Bücher befassten sich mit Themen wie Gender, Ge-

schlechtsidentität oder Rassifizierung. Eine Gruppe von Bibliothekar\*innen wehrte sich dagegen. Ich fand das sehr mutig und so nahm ich mit ihnen Kontakt auf und reiste nach Texas.

In New York, wo ich lebe, hörte man in den Medien viel über die Bücherverbote. Den Bibliothekar\*innen selbst wurde jedoch nicht viel Aufmerksamkeit geschenkt, obwohl sie angegriffen wurden, weil sie sich weigerten, die Bücher zu entfernen. Ich wollte diese Menschen zeigen, die sich für unsere im ersten Verfassungszusatz garantierten Rechte einsetzen. Und ich wollte diesem Kulturkrieg, der durch die nationalistische, christliche und weisse Politik in den USA angefacht wurde, etwas entgegenstellen.

**Wie wurde «The Librarians» vom Publikum aufgenommen?**

Wir konnten den Film in den Vereinigten Staaten an sehr vielen Orten zeigen, auch ausserhalb der Grossstädte, was für einen unabhängig produzierten Dokumentarfilm nicht selbstverständlich ist. Auch in Europa, insbesondere in Deutschland, fand der Film grossen Anklang, so erhielten wir von den Mitarbeiter\*innen der deutschen National-

bibliothek Hunderte von Solidaritätsbekundungen.

Einige Leute haben versucht, unsere Arbeit in den sozialen Medien zu diskreditieren, aber sie hatten keinen grossen Erfolg damit. Auch erfuhr ich, dass Behördenangestellte in Texas die Anweisung erhielten, dem Film keine weitere Sichtbarkeit zu verschaffen.

Produzent\*innen von Dokumentarfilmen in den USA haben zudem ein ähnliches Problem wie die Buchbranche: Diejenigen, die Filme finanzieren, und die Sender, die sie ausstrahlen, haben nun Angst vor Werken, die sie für «zu politisch» halten. Wir hatten das Glück, mit PBS zusammenzuarbeiten, aber dieser Sender steht unter Druck, seine Mittel wurden gekürzt.

**Wie sehen Sie die Zukunft der Demokratie in den USA?**

Ich glaube, dass unsere Demokratie derzeit auf dem Spiel steht. All diese Angriffe auf unsere Werte sind beängstigend. Ob es sich nun um Zensur oder um die Gestapo-ähnlichen Taktiken unserer Einwanderungsbehörden handelt: Diese Ereignisse erinnern an die dunkelsten Kapitel der Geschichte. Aber ich kämpfe, und zwar indem ich Geschichten erzähle. In der Hoffnung, dass die Menschen durch sie inspiriert werden, sich für unsere Demokratie und unsere Grundrechte einzusetzen.

*Der Film «The Librarians» wird am Festival du film et forum international sur les droits humains FIFDH gezeigt, das vom 6. bis 15. März in Genf stattfindet.*



**The Librarians**  
von Kim A. Snyder  
8 above independent film  
USA, 2025

# Es steht viel auf dem Spiel

Der Berliner Menschenrechtsanwalt Wolfgang Kaleck analysiert in seinem neuen Buch die aktuelle Krise des Völkerrechts und plädiert für die Stärkung rechtsstaatlicher Prinzipien. Eine Streitschrift für Menschenrechte und Völkerrecht. Von Till Schmidt



Der Rechtsanwalt Wolfgang Kaleck ist ein überzeugter Verfechter der Menschenrechte.

Ist das, was wir derzeit an Schreckensmeldungen aus aller Welt erhalten, einfach nur Ausdruck des ganz «normalen Wahnsinns» der Weltpolitik oder der Beginn einer neuen Weltordnung? Vieles spricht für Letzteres: Der andauernde, völkerrechtswidrige russische Angriffskrieg gegen die Ukraine etwa oder der aussenpolitische Stil in Trumps zweiter Amtszeit, der die Eigeninteressen der USA an vorderste Stelle stellt. Für den Berliner Menschenrechtsanwalt Wolfgang Kaleck ist diese Frage Ausgangspunkt für sein soeben erschienenes Buch «Die Stärke des Rechts vs. Das Recht des Stärkeren».

Das Werk ist allerdings keine bloße Bestandsaufnahme geopolitischer Verschiebungen und Trends in der internationalen Politik; es ist vor allem eine aktivis-

tische Streitschrift. Das Buch führt knapp und gut lesbar in die Entstehung der internationalen Menschenrechtsarchitektur ein und erklärt ihre Funktionsweisen und Bestandteile. Und es zeigt, was auf dem Spiel steht, wenn es Donald Trump, Wladimir Putin und anderen Autoritären weiterhin so erfolgreich gelingt, die internationale Ordnung zu unterhöheln und den Menschenrechten den Kampf anzusagen.

«Die Stärke des Rechts vs. Das Recht des Stärkeren» ist auch von Kalecks eigenen Gerichtsfällen und aktivistischen Schwerpunkten inspiriert. So ist etwa vom juristischen Kampf der Nachfahr\*innen der Überlebenden des Völkermordes in Namibia gegen die Bundesrepublik Deutschland zu lesen; oder von einem Prozess über die Folter an Gewerkschafter\*innen einer Mercedes-Benz-Fabrik in Buenos Aires während der Militärdiktatur in Argentinien. Diese Kurzberichte gehören zu den besten Teilen des Buches. An anderen Stellen hingegen verliert sich Kaleck immer wieder in Allgemeinplätzen oder argumentiert, wie etwa im Kapitel zur deutschen «Palästina-Solidaritäts-Szene», erstaunlich einseitig und wenig nuanciert.

Als Anwalt arbeitet Wolfgang Kaleck inzwischen oft mit dem sogenannten Weltrechtsprinzip – dank diesem universellen Grundsatz können äusserst schwere Verletzungen des Völkerrechts unabhängig von Tatort und Staatsangehörigkeit von Opfern oder Täter\*innen universell verfolgt werden. 2004 war Kaleck daran beteiligt, Strafanzeige gegen Angehörige der Bush-Regierung wegen systematischer Folter in Abu Ghraib und Guan-

tánamo zu stellen. Die Verfahren haben zwar zu keinen Verurteilungen geführt, sie dokumentieren jedoch detailliert und öffentlich die Systematik der Folter und belegen die Verantwortung politischer, militärischer und geheimdienstlicher Führungspersonen.

Auch die weltweit ersten Verfahren gegen syrische Gefängnisfolterer wurden durch das Weltrechtsprinzip möglich. 2022 verurteilte das Oberlandesgericht Koblenz einen ehemaligen Oberst des syrischen Geheimdienstes wegen Folter, Mord, schwerer Körperverletzung und sexualisierter Gewalt zu lebenslanger Haft. Möglich wurde die Verurteilung auch durch die Mitarbeit von Syrer\*innen in Deutschland. Sie hatten Zeug\*innen vermittelt und Beweisstücke wie etwa eine umfassende Fotosammlung zur Verfügung gestellt.

Gerade die Schilderung von solchen juristischen Erfolgen ist lesenswert – weil sie Mut machen und zeigen, welche Bedeutung und Macht Einzelpersonen, Zusammenschlüsse und soziale Bewegungen haben, die lokal, national, inter- und transnational für die Würde aller Menschen und eine gerechtere Welt eintreten. |



**Wolfgang Kaleck**  
**Die Stärke des Rechts vs. Das Recht des Stärkeren.**  
 Plädoyer für Völkerrecht und Menschenrechte.  
 Verlag Antje Kunstmann, 2026  
 160 Seiten

# NACH DER REVISION IST VOR DER REVISION



© André Gottschalk

**Anna Coninx** ist Professorin für Strafrecht, Strafprozessrecht und Rechtsphilosophie.

Die Mitte 2024 in Kraft getretene Revision des Sexualstrafrechts stellt einen der wichtigsten menschenrechtlichen Fortschritte im Schweizer Strafrecht der letzten Jahrzehnte dar. Mit der Abkehr vom Nötigungserfordernis und der konsequenten Ausrichtung auf sexuelle Selbstbestimmung wurde ein grundlegender Paradigmenwechsel vollzogen. Wenn meine Studierenden das frühere Sexualstrafrecht kennenlernen, reagieren sie häufig mit offenem Unverständnis. Rückblickend irritiert insbesondere, dass sich Bundesrat und politische Parteien über Jahre gegen eine Revision stellten und stattdessen Telefonberatungen für die von sexualisierter Gewalt Betroffenen für ausreichend hielten. Erst anhaltender Druck aus der Strafrechtswissenschaft und von breiten Teilen der Zivilgesellschaft führte zum Umdenken.

Zu lange wurde in der öffentlichen Debatte allerdings um die Modellfrage (Ja-ist-Ja oder Nein-ist-Nein) gestritten. Aus strafrechtlicher Sicht ist diese Gegenüberstellung irrelevant. Entscheidend ist nicht das Etikett, sondern die Analyse der konkreten Umstände. Auch die Zustimmungslösung verlangt kein ausdrücklich ausgesprochenes Ja. Hinweise auf fehlende Einwilligung können sich aus Weinen, Abwenden, passivem Verhalten oder Schockstarre («Freezing») ergeben. Die Tatsachenermittlung ist bei beiden Modellen identisch.

Vor diesem Hintergrund stellen sich weiterführende Reformfragen. Zu diskutieren ist etwa die Strafbarkeit fahrlässiger Sexualdelikte, wie sie in Schweden vorgesehen ist, wenn Täter\*innen sorgfaltswidrig von Zustimmung ausgehen. Ebenso bedarf der Umgang mit täuschungsbedingten Irrtümern weiterer Klärung. Vor allem aber wirft die Strafzumessung grundlegende menschenrechtliche Fragen auf.

Dies zeigt exemplarisch ein Fall, in dem ein Mann eine Minderjährige während eines Linienflugs sexuell missbrauchte und dafür lediglich zu einer bedingten Freiheitsstrafe verurteilt wurde. Solche Entscheide verdeutlichen den anhaltenden Klärungsbedarf hinsichtlich einer gerechten strafenden Reaktion auf gravierende Verletzungen sexueller Selbstbestimmung. Hier ist ein Umdenken erforderlich: Frauen dürfen angemessene Strafen verlangen, ohne sich patriarchalen Erwartungen an Milde und Vergebung zu unterwerfen.

Die Revision des Sexualstrafrechts in der Schweiz war ein notwendiger Schritt, getragen von Zivilgesellschaft und Wissenschaft und wesentlich mitgeprägt durch die beharrliche Arbeit von Amnesty International. Sie zeigt: Menschenrechtlicher Fortschritt im Strafrecht ist möglich – aber nie abgeschlossen. |

**AUCH DIE ZUSTIMMUNGS-  
LÖSUNG VERLANGT  
KEIN AUSDRÜCKLICH  
AUSGESPROCHENES JA.**

# AMNESTY-BOUTIQUE

Unsere Produkte werden nachhaltig,  
ethisch und ökologisch korrekt hergestellt.

**WEITERE NACHHALTIGE UND FAIRE PRODUKTE  
AUF SHOP.AMNESTY.CH**



## ESPRESSOTASSEN

Aus weiss glasiertem Steingut. Rand und Amnesty-Kerze in Schwarz. Höhe 7,5 cm, Inhalt 10 cl. 3er-Schachtel. Herkunft Polen.

Art. 2300.046 / Fr. 30.–



## NECESSAIRE

Aus alten, ungebrauchten Postsäcken hergestellt.

Handgefertigt in der Schweiz.

Gross (22 x 15 x 8 cm):  
Art. 2200.084.G / Fr. 55.–

Klein (19 x 12 x 6 cm):  
Art. 2200.084.K / Fr. 47.–

## 2ER-SET ANSTECKNADEL «KERZE»

Eine goldfarbene und eine silberfarbene Anstecknadel, in einem Stoffbeutel verpackt. Höhe: 2,5 cm.

Art. 2300.049 / Fr. 10.–



## AMNESTY-SOCKEN

Gestreift, mit Kerzen-Logo. 80% Baumwolle, 18% Polyamid, 2% Elasthan. Herkunft Portugal.

### Schwarz-grau:

Grösse M (36-40): Art. 2200.099.M / Fr. 15.–  
Grösse L (41-46): Art. 2200.099.L / Fr. 15.–

### Schwarz-gelb:

Grösse M (36-40): Art. 2200.098.M / Fr. 15.–  
Grösse L (41-46): Art. 2200.098.L / Fr. 15.–

## ICH BESTELLE FOLGENDE ARTIKEL

Anzahl	Artikelbezeichnung	Grösse	Art.-Nr.	Preis

Name: \_\_\_\_\_ Strasse: \_\_\_\_\_

Ort: \_\_\_\_\_ E-Mail: \_\_\_\_\_

Tel.: \_\_\_\_\_ Unterschrift: \_\_\_\_\_

Mitglieder-/Kund\*innen-Nummer: \_\_\_\_\_

Bestellungen an:  
Amnesty International,  
Postfach, 3001 Bern  
oder online auf  
shop.amnesty.ch



© Amnesty International

## KAMPAGNE ALL FOR HUMAN RIGHTS «GLEICHE RECHTE FÜR ALLE – GEGEN DISKRIMINIERUNG»

In Zeiten, da Intoleranz und Diskriminierungen zunehmen, brauchen die Betroffenen unsere Solidarität und unseren Schutz – auch in Form von Gesetzen. Deshalb engagieren wir uns für einen echten Diskriminierungsschutz, denn dieser ist in der Schweiz nicht ausreichend. Unterstützen Sie uns dabei!

Der Zusammenhalt einer Gesellschaft beweist sich besonders in Zeiten der Spannung, wenn Minderheiten für politische Zwecke instrumentalisiert und Hass zunehmend salonfähig wird. Dann wird sichtbar, dass Diskriminierungen kein Randphänomen sind. Und es zeigt sich, ob Instrumente zum Schutz der Betroffenen ausreichend existieren und stark genug sind.

Auch in der Schweiz erleben Menschen aufgrund ihrer Herkunft, Religion, Geschlechtsidentität, sexuellen Orientierung, Behinderungen oder sozialen Stellung alltägliche Benachteiligungen. Die bestehenden gesetzlichen Schutzmechanismen greifen aber nur punktuell und lassen viele Betroffene im Stich. Dafür wird die Schweiz unter anderem vom Uno-Menschenrechtsrat kritisiert.

Ein Land, das sich zu Menschenrechten bekennt, muss sicherstellen, dass diese Rechte für alle gelten – ohne Ausnahmen, ohne Lücken, ohne Abhängigkeit davon, welche Gruppe gerade im Fokus

steht. Deshalb braucht es einen umfassenden Diskriminierungsschutz, der alle Menschen einschliesst und Ungleichbehandlung klar benennt. Ein allgemeines Diskriminierungsschutzgesetz wäre ein entscheidender Schritt. Es schafft Rechtssicherheit, stärkt Betroffene, verpflichtet Institutionen und sendet ein unmissverständliches Zeichen: Diskriminierung wird nicht toleriert. Erst wenn wir Diskriminierung als gemeinsames Grundproblem erkennen – als Verletzung der Menschenwürde und der universellen Menschenrechte – können wir wirksam dagegen vorgehen. Wir bündeln deshalb unsere Kräfte und arbeiten gemeinsam mit Partnerorganisationen aus unterschiedlichsten Diskriminierungsbereichen auf ein allgemeines Diskriminierungsschutzgesetz in der Schweiz hin.

Im Rahmen unserer Kampagne #All4HumanRights rufen wir dazu auf, gemeinsam für Solidarität, für Gleichstellung und für ein gesellschaftliches Klima einzustehen, das Hass und Hetze keinen Raum

lässt. Eine gerechte Gesellschaft entsteht nur, wenn wir uns zusammenschliessen, uns gegenseitig stärken und klar machen, dass Vielfalt kein Risiko, sondern unsere grösste Ressource ist.

**EINSTEHEN GEGEN DISKRIMINIERUNG** | Nutzen Sie jetzt die Gelegenheit, sich mit Amnesty Schweiz gegen Ausgrenzung und für mehr Schutz vor Diskriminierung einzusetzen. In den kommenden Wochen möchten wir dieses Engagement dort bekräftigen, wo Menschen zusammenkommen und wo Identität, Zugehörigkeit und Alltagskultur entstehen: Bringen Sie mit uns die Menschenrechte an gesellige Orte und nutzen Sie unsere Angebote, um gegen diskriminierende Parolen anzugehen.

Daniela Varga, Kampagnenkoordinatorin All4HumanRights



## DAS ALL4HUMANRIGHTS-KIT FÜR IHR STAMMLOKAL, IHREN TREFFPUNKT, IHRE FAMILIENFEIER ...

Bestellen Sie gratis unser Bar-Kit und verbreiten Sie die Botschaft: Gleiche Rechte für alle! Gegen Diskriminierung!

### Das Bar-Kit enthält

- Das Spiel «Parolu», mit dem Sie das Argumentieren gegen Stammtischparolen trainieren
- 30 Bierdeckel mit positiver Botschaft nicht nur für Ihre Lieblingsbar, sondern für überall, wo es Gläser gibt!
- 6 Sticker zur Verschönerung Ihres Umfelds mit Anti-Diskriminierungs-Parolen

Bestellen Sie das Set kostenlos unter [amnesty.ch/all4humanrights](https://amnesty.ch/all4humanrights)

# REFERENDUM KEINE LOCKERUNG FÜR KRIEGSMATERIALEXPORTE

Ende Dezember 2025 wurde im Parlament eine Lockerung des Kriegsmaterialexport-Gesetzes verabschiedet. Dadurch erhöht sich die Gefahr, dass mit Schweizer Waffen Menschenrechtsverletzungen begangen werden. Amnesty International ruft dazu auf, das Referendum zu unterschreiben.

Jahrzehntelang hat sich Amnesty International mit weltweiten Kampagnen für strikte Regulierungen des internationalen Waffenhandels und für wirksame Kontrollmechanismen eingesetzt. Ein Erfolg dieser Arbeit war die Verabschiedung des internationalen Waffenhandelsabkommens (Arms Trade Treaty, ATT) am 2. April 2013: Der ATT verbietet Waffenlieferungen in Länder, in denen schwere Verletzungen der Menschenrechte oder des humanitären Völkerrechts begangen werden. Die Schweiz hat viel dazu beigetragen, dass das Abkommen zustande kam, und es im Jahr 2015 ratifiziert.

Nun soll die Schweizer Gesetzgebung so gelockert werden, dass hiesige Rüstungsbetriebe Waffen auch dann in eine Reihe von Ländern liefern dürfen, wenn diese in bewaffnete Konflikte verwickelt sind oder die Menschenrechte systematisch verletzen. Wer Schweizer Waffen kauft, könnte diese an Länder weitergeben, in welche die Schweiz selbst weiterhin nicht exportieren darf – etwa an den Sudan oder an Israel. Der Bundesrat soll zudem die Kompetenz erhalten, nach eigenem Ermessen von den Exportbestimmungen abzuweichen.

Der Beschluss zur Lockerung erfolgte keine drei Jahre nachdem mit dem Gegenvorschlag zur Korrektur-Initiative endlich klare und transparente Kriterien für Kriegsmaterialexporte und für die Wiederausfuhr von Schweizer Waffen ins Gesetz geschrieben wurden. Mit der verabschiedeten Lockerung des Gesetzes würde auch die Verpflichtung fallen, die vor jeder Genehmigung eines Waffenexportes eine Risikoabschätzung verlangt, wie es der ATT fordert. Waffen made in Switzerland könnten nun also wieder in die Hände von Armeen oder bewaffneten Gruppierungen gelangen, die damit schwere Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen begehen.

Marco Roberto Piffaretti, Digital Campaigning

**Amnesty International Schweiz ruft ihre Mitglieder und Aktivist\*innen dazu auf, das von diversen Verbänden und Parteien lancierte Referendum zu unterzeichnen. In diesem Magazin finden Sie einen Unterschriftenbogen. Herzlichen Dank für Ihre Unterschrift!**

# IRAN STOPPT DAS BLUTVERGIESSEN!

Die iranischen Behörden gehen mit beispielloser Gewalt gegen die Demonstrant\*innen vor, die Anfang Jahr für ihre Rechte auf die Strasse gingen.

Ende Dezember gingen die Menschen im Iran einmal mehr auf die Strasse, um für die Menschenrechte, mehr Freiheiten und die Zukunft ihres Landes zu demonstrieren. Was mit Ladenschliessungen und Streiks im grossen Basar von Teheran begann, entwickelte sich zu landesweiten Massendemonstrationen, bei denen der Sturz der Anführer der Islamischen Republik gefordert wurde.

Die Gewalt, mit der die iranischen Behörden gegen Demonstrant\*innen vorgingen, war beispiellos. Amnesty International hat dokumentiert, wie Sicherheitskräfte mit Gewehren und Schrotflinten, die mit Metallkugeln geladen waren, gezielt auf Unbewaffnete geschossen haben. Die medizinischen Einrichtungen waren mit Verletzten überlastet, während verzweifelte Familien nach ihren vermissten Angehörigen suchten. Tausende Menschen wurden bereits festgenommen, ihnen drohen Folter und Misshandlung – bis hin zur Todesstrafe.



Die Proteste im Iran wurden mit brutaler Gewalt niedergeschlagen: So starb etwa Reza Barani durch einen Schuss in den Kopf.

Die Uno-Mitgliedstaaten – darunter auch die Schweiz – müssen dringend diplomatische Massnahmen ergreifen, um die Menschen im Iran vor weiteren Massakern zu schützen. Wir rufen die Staaten dazu auf, den Uno-Sicherheitsrat zu drängen, die Situation im Iran an den Internationalen Strafgerichtshof zu überweisen und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. Um weiteres Blutvergiessen zu verhindern, sollten einzelne Staaten – einschliesslich der Schweiz – zudem koordinierte Ermittlungen nach dem Prinzip der universellen Gerichtsbarkeit einleiten. Bedrohte Iraner\*innen müssen sofort Schutz erhalten.

Natalie Wenger

**Unterschreiben Sie jetzt unsere Petition! Fordern Sie jetzt ein sofortiges Ende des Blutvergiessens im Iran und die strafrechtliche Verfolgung der Täter\*innen.**

## PETITION

### IRAN: STOPPT DAS BLUTVERGIESSEN

#### An die Uno-Mitgliedstaaten und die Schweiz

Wir fordern die Uno-Mitgliedstaaten – darunter auch die Schweiz – auf, Druck auf die iranischen Behörden auszuüben, damit diese das Blutvergiessen unverzüglich beenden und die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden. Die Gewalt an den Demonstrant\*innen und Kritiker\*innen der Regierung muss endlich beendet werden.

#### Wir fordern Sie auf:

- dringend diplomatische Massnahmen zu ergreifen, um die Demonstrant\*innen vor weiteren Massakern zu schützen und gegen die notorische Straflosigkeit vorzugehen, die das Blutvergiessen antreibt
- den Uno-Sicherheitsrat zu drängen, die Situation im Iran an den Internationalen Strafgerichtshof zu überweisen
- koordiniert Ermittlungen nach dem Prinzip der universellen Gerichtsbarkeit einzuleiten
- den Schutz von bedrohten Iraner\*innen sicherzustellen.

HIER UNTERSCHREIBEN  
ODER VIA QR-CODE ZUR  
ONLINE-PETITION



Name	Vorname	Adresse	Unterschrift
1			
2			
3			
4			
5			



© Judith RUPRECHT/Amnesty Hgary

# SETZEN SIE SICH MIT AMNESTY FÜR DIE MENSCHENRECHTE EIN

## AKTIV IN EINER GRUPPE

Überall in der Schweiz setzen sich Menschen mit Amnesty International ein. Auch in Ihrer Region. Weitere Informationen finden Sie auf [www.amnesty.ch/gruppen](http://www.amnesty.ch/gruppen).

## MIT EINER SPENDE

Ihre finanzielle Unterstützung, sei es eine einmalige oder eine regelmässige Spende, bringt die Menschenrechte voran. Sie finden einen Einzahlungsschein in der Beilage.

**ABONNIEREN SIE UNSEREN NEWSLETTER «AMNESTY TODAY» AUF [WWW.AMNESTY.CH/NEWSLETTER](http://WWW.AMNESTY.CH/NEWSLETTER)**

## BEI AMNESTY YOUTH

AMNESTY YOUTH ist ein Netzwerk von jungen Menschen, die sich in der Schweiz für eine bessere Welt einsetzen. Mehr Infos: [www.amnesty.ch/youth](http://www.amnesty.ch/youth)

## ONLINE

Unter [www.amnesty.ch/mitmachen](http://www.amnesty.ch/mitmachen) finden Sie aktuelle Informationen zu unseren Aktivitäten und diverse Möglichkeiten, sich mit uns zu engagieren.



**AMNESTY INTERNATIONAL** Schweizer Sektion  
Speichergasse 33 . Postfach . 3001 Bern  
T: +41 31 307 22 22 . [contact@amnesty.ch](mailto:contact@amnesty.ch)  
[www.amnesty.ch](http://www.amnesty.ch)  
PG: 30-3417-8 . IBAN: CH52 0900 0000 3000 3417 8